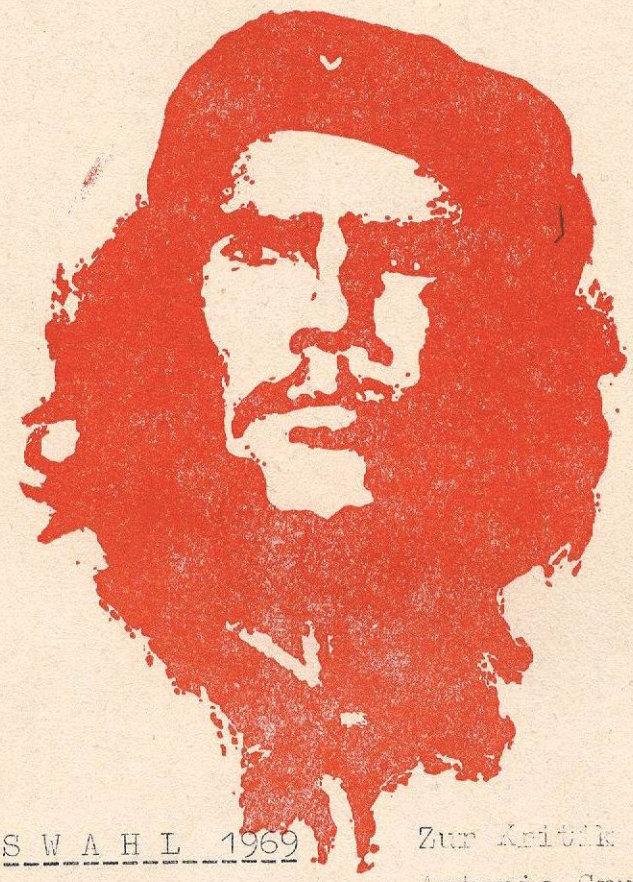
IN★FO 2

hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen



BUNDESTAGSWAHL 1969

Inhalt:

Flugblattserien zur Wahl

Betriebe
Lehrlinge
Schüler
Universität

Massserklärungen

SDS-Bundesvorstand
AC-Hamburg
Kommentar zu einer konkret-Umfrage

Zur Kritik des Parlamentarismus

Antonio Grunenberg: Sechs Thesen zur Kritik des Parlamentarismus
Oskar Negt: Die neue Linke und das Problem der politischen Herrschaft in bürgerlich-parlamentarischen und sozialistischen Staaten

Zur Kritik des Revisionismus

Alvons Diemer: Die Revisionisten im sozialfaschistischen Trend der Anti-Ustra-Bewegung
Alfred Krovoza: Wir bauen das sozialistische Zentrum

Redaktion: Alvons Diemer, Barbara Tricke, Bernd Stobbe

Wir bauen das SOZIALISTISCHE ZENTRUM
— gegen Bürokratie und Parlamente
— klassenkämpferisch und solidarisch
Spenden: Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, Kto.-Nr. 9144

Nicht Wahlkampf, Klassenkampf! Nr.1

Diese Sprache verstehen die Unternehmer

Wenige Tage nach der Premiere von Kiesingers Wahlzirkus in der Arena der Westfalenhalle („Wahlkampf") nahmen die **Arbeiter** in Dortmund, Duisburg, Essen, Neunkirchen, Haidhof, Geislingen, Osnabrück, Bremen, Kiel ihren **Kampf** auf: **STREIK!**

1968 stiegen die Gewinne aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 20,9% (Rekord!). Die Summe des Arbeitslohnes dagegen stieg nur um 5,3%. Auf dem Stahlsektor, von dem die Streikbewegung ausging, war dieses Mißverhältnis noch empörender. Der Preis für die Tonne Baustahl stieg im Laufe des letzten Jahres von 320 auf über 900 Mark. Der Hoesch-Konzern schüttet in diesem Jahr 6% Dividende (Kapitaleignergewinne) aus, genau wie 1968. Die Löhne aber waren durch langfristige Tarifverträge eingefroren. Merke: Der Aktionär kassiert, der Arbeitsmann malocht!

Gleichzeitig aber steigen die Kosten für die tagtäglich notwendige Wiederherstellung der Arbeitskraft: Verteuerung der Nahrungsmittel, Mietpreiserhöhungen bis zu 30%. Die Sozialbeiträge wurden von 14 auf 16% angehoben, die Kilometerpauschale dagegen von 50 auf 36 Pfg. gesenkt. Mit den Anti-Straßenbahn-Aktionen in Hannover (Üstra-Konflikt!), Heidelberg und Saarbrücken wurde die Preistreiberei schon erfolgreich bekämpft. Die Arbeiter waren nicht bereit, noch mehr zu zahlen für Bahn und Bus, die sie dorthin bringen, wo sie das einzige verkaufen, was sie zu verkaufen haben: ihre Arbeitskraft.

Aber nicht nur gegen Preiswucher organisierten sie den Widerstand. Nachdem in zwei Jahren staatlich verordneter „Sozialpartnerschaft" und „konzertierter Aktion" die Konzernbosse und Kpitalbesitzer ungeheure Profite abgesahnt haben, sind die Arbeiter von Hoesch, Rheinstahl, Klöckner, Pfaff, Howald und der Ruhr- und Saarzechen nicht länger den Stillhaltephrasen der Gewerkschaft und den Dichterworten Schillers gefolgt: STREIK!

Sonderschicht auf Sonderschicht muß gefahren werden. Die Arbeiter spüren den Stahlboom, der den Bossen ungeheure Profite einbringt, in den Knochen, aber nicht in der Lohntüte. Die Löhne liegen an einer Leine, die Gewerkschaft und Unternehmer gemeinsam gedreht haben. Bei VW und Hanomag in Hannover sind Sonderschichten bis auf weiteres vorsorglich abgesetzt worden. Einen Höhepunkt erreicht der Unternehmerzynismus als in diesem heißen Sommer den Arbeitern an den Hochöfen und Walzstraßen eine einmalige „Hitzeprämie" gezahlt wird, die einen Ausgleich für den erhöhten Getränkeverbrauch darstellen soll. Die Arbeiter fühlten sich verkackeiert! Ein Saarkumpel sagt: „Die Gewerkschaft läßt zu, daß wir im Berg schuften wie die Tiere sechs Tage in der Woche und pro Monat dreimal sonntags und mit 700 Mark nach Hause gehen." (Frankfurter Rundschau vom 11. 9.)

- Zuerst durbrechen die Stahlarbeiter spontan mit solidarischen Streiks die langfristigen Tarifverträge.
- Aus ihrer Mitte wählen sie Kollegen, denen sie ihre Interessen anvertrauen. An die Stelle von Gewerkschaftsfunktionären treten spontan benannte Streikkomitees, die den Bossen unmittelbar gegenübertreten.
- Sie stellen durch Delegationen Kontakte zwischen den streikenden Belegschaften her, die verhindern sollen, daß die Aktionseinheit durch gezielte Falschmeldungen gestört und die Kollegen verwirrt werden.
- In Dortmund bildet sich ein Arbeiterkomitee, in dem die Kumpel aller bestreikten Zechen ihre Aktionen aufeinander abstimmen.
- Mit mächtigen Demonstrationen (Dortmund, Saarbrücken, Kiel) und Verkehrsblockaden, mit Sitzstreiks und Besetzungen von Verwaltungsgebäuden verleihen die Arbeiter ihren Forderungen Nachdruck.

Jetzt sagen alle und allen voran der Klempner der „konzertierten Aktion" Schiller: Eure Forderungen waren berechtigt. Aber die Art, wie Ihr die Lohnerhöhungen durchgesetzt habt, hat uns sehr mißfallen. Schon im Oktober letzten Jahres hatte einer der Professoren, die für die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung beobachten, die maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften kritisiert: Das sei jetzt schädlich für die Konjunktur.

Wie kommt es, daß Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsfunktionäre plötzlich die Lohnerhöhungen begrüßen, die ihnen in den konjunkturpolitischen Kram passen, gleichzeitig aber die Aktionen, mit denen diese Erfolge erzielt wurden, für illegal und kriminell erklären? Die Arbeiter hatten erkannt, wo ihre Macht liegt — im Betrieb. Und sie hatten über Nacht Kampfformen wiederentdeckt und entwickelt, die den Bossen und Kapitalisten über die paar Groschen Lohnerhöhung hinaus gefährlich werden können. Sie waren insbesondere ohne den „Ordnungsfaktor" (Industriekurier) Gewerkschaften ausgekommen: „Der Sprecher eines einheitlichen Streikkomitees, Alfred Olschewsky, forderte die streikenden Bergleute auf, ‚Diktatoren' in Betriebsrat und Gewerkschaft abzuwählen." (Frankfurter Rundschau vom 12. 9.)

Solange es Kapitalisten gibt, werden die Arbeiter immer kämpfen müssen, um einigermaßen zurechtzukommen. Aber das Recht, über das von ihnen Geschaffene selbst zu bestimmen, erreichen die Arbeiter nicht, indem sie fordern — sondern nur, indem sie es sich nehmen! Indem die **Arbeiter** erst einmal die Produktion **kontrollieren! Das erreichen sie nicht durch Lohnforderungen** — aber Lohnkämpfe sind jetzt die einzige Möglichkeit, ihre beschissene Lage etwas erträglicher zu machen. Die Lohnabhängigen sind mit zusammen 160 Milliarden Mark an den insgesamt 922 Milliarden Mark Sachvermögen beteiligt, das in der Bundesrepublik Deutschland existiert. Aber das Sachvermögen der Lohnabhängigen besteht ausschließlich in Konsumgütern, in Fernsehgeräten, PKWs, Waschmaschinen, Haushaltseinrichtung, in die der schnelle Verschleiß schon eingebaut ist, damit der Rubel rollt. Die gehen nach einiger Zeit kaputt, und man muß sie durch neue ersetzen, die man wieder aus der Lohntüte bezahlt. Das weitaus größere Sachvermögen der zahlenmäßig verschwindend kleinen Minderheit von Unternehmern aber besteht zum größten Teil in Maschinen, Fabrikhallen usw. Mit diesen Produktionsmitteln kann die kleine radikale Minderheit wieder verdienen, wenn sie die Arbeitskraft der Arbeiter dazukauft. Wenn eine Maschine ausrangiert wird, hat sie inzwischen das 20- oder 30fache ihres Preises eingebracht. Ein altes Fernsehgerät aber wandert auf den Müll oder wird für ein paar Mark verscheuert. Und unter dem Strich steht nichts oder so gut wie nichts.

Nur im Betrieb können die Arbeiter diese Verhältnisse ändern, dort sind sie stark — und nicht in der Werbeabteilung des Unternehmerstaates: im Bundestag. Nicht auf den Kanzler und die SPD-Bundesligamannschaft, auf die Arbeiter kommt es an!

Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden Kollegen aus Betrieben, die bestreikt wurden, nach Hannover einladen und mit ihnen eine öffentliche Informationsveranstaltung durchführen. Genaueres auf den nächsten Flugblättern der

Betriebsprojektgruppe im SDS Hannover

„EINEN TOTSCHIESSEN,
DANN HERRSCHTE WENIGSTENS WIEDER ORDNUNG".

Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Westdeutschlands oberster Unternehmersprecher, zu den Streiks.

Sogar die Unternehmer sagen: Eure Forderungen sind a n s i c h berechtigt. Aber sie sagen auch: Wilde Streiks sind nicht das richtige Mittel. Wozu habt ihr eure Gewerkschaften? „Wir - schaffen - das - moderne - Deutschland" - Schiller (SPD) sagt das s o:

„Das Ziel ist verständlich, das Mittel des wilden Streiks aber ist schädlich und schlägt auf alle zurück . . . Vertraut auf Eure Gewerkschaften: sie wollen die Tarifverträge vorziehen." (am 9. 9.)

Wenn Ihr um das kämpft, was Euch freiwillig niemand gibt,

dann sieht Nazi-Kiesinger (CDU) „dunkle Kräfte" am Werk. Linksradikale haben die Arbeiter aufgewiegelt, ihre eigenen Interessen in die Hand zu nehmen. Ein Sündenbock muß her, natürlich. Chaos und Anarchie stehen vor der Tür.

dann wird Euer Kampf zu einem Verbrechen gemacht. Frankfurter Allgemeine Zeitung und BILD berichteten von aufrührerischen Arbeitern, die die Villa des Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Harders anzünden wollten. Die tapfere Direktorsfrau konnte sich nur mit einer Pistole der Arbeiter erwehren.

DAS IST UNS ALLES NUR ZU BEKANNT.
DAS IST ALLES AUS DER ALTEN TRICKKISTE!

Als Hannovers Bürger solidarisch gegen den ÜSTRA-Preiswucher kämpften,

da tönten SPD-Stadtdirektor Neuffer und SPD-Bürgermeister Kollege Barche (IG CHEMIE) in teuren Zeitungsanzeigen von Chaos und Anarchie, von übler Verführung.

da stieß der DGB ins gleiche Horn, bis die Kollegen aus den Betrieben den Gewerkschaftsbossen in einer Betriebsräteversammlung sagten: wir spielen dieses miese Spiel nicht mit.

da sagt SPD-Innenminister Lehners: Straßenblockade ist ein Vergehen. Die Täter müssen bestraft werden.

DIE ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN IN WESTDEUTSCHLAND SIND
EIN SPRACHROHR DER HERRSCHENDEN IN DIESEM STAAT,
DIE RUHE UND ORDNUNG SAGEN UND IHRE PROFITE MEINEN!

Wie sollte das auch anders sein: die Zeitungen sind vor allem von ihren Anzeigenkunden abhängig, und am meisten von zahlungskräftigsten.
In trauter Gemeinsamkeit schüren Unternehmer, Politiker aller Parteien und die Manipulateure in den Redaktionsstuben ein politisches Klima, daß bereits möglich machte,

daß der Student Benno Ohnesorg in Berlin von einem Polizisten erschossen wurde (2. Juni 1967), daß ein Verhetzter mehrere Schüsse auf Rudi D utschke abgab und ihn schwer verletzte, daß NPD-Leute mit durchbohrten Gaspistolen auf Demonstranten knallen können, so geschehen vor einigen Tagen in Bremerhaven, am Dienstagabend in Kassel.

UND WAS MACHEN DIE GEWERSCHAFTSFÜHRER?

Heinz O. Vetter, DGB-Vorsitzender:

„Wir konnten nur schlichtend eingreifen. Und das haben wir mit Erfolg getan." (13. 9. 69)

bitte wenden

Als die Unternehmer nach den Gewerkschaften riefen, da hatten die Bonzen nichts Eiligeres zu tun, als dem Ruf ihrer Tarifpartner zu folgen. Tarifverhandlungen, jawohl! Damit die Arbeiter wieder ranklotzen, damit der Rubel wieder rollt! Hinter verschlossenen Türen, natürlich: da werden wir uns schon einigen!

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl, Kurt Neben, vertraut auf die Gewerkschaften: bei Forderung der IG Metall nach 14% handele es sich natürlich nur um eine taktische Forderung, und nichts anderes. „Das sei am Verhandlungstisch nicht drin." „Wir wollen mit den Gewerkschaften zusammen als O r d n u n g s f a k t o r für das Lohnwesen das Bestmögliche finden."

DIE GEWERKSCHAFTEN SIND DIE FEUERWEHR DER UNTERNEHMER,
BESONDERES AUFGABENGEBIET: BERUHIGUNG DER ARBEITERSCHAFT!

Jetzt versuchen sich die Gewerkschaftsbosse reinzuhängen, sich die Erfolge, die die Kollegen erkämpft haben, an den Hut zu stecken, wie Otto Brenner in Bremen! Wir machen das schon: Vertraut auf Eure Gewerkschaften!

Das Herrschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland ist darauf aufgebaut, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vor irgendwelchen Leuten verwaltet werden: Gebt uns eure Beiträge, gebt uns eure Stimme, wählt uns alle vier Jahre, vertraut uns, wir machen das schon. Und wie!

Die Spielregeln dieses Staates begünstigen immer die Herrschenden, die Industriekapitäne und Großaktionäre. Zu diesen Spielregeln gehören auch die Wahlen zwischen den besten Männern und besten Kanzlern.

Wenn in diesem Staat Leute ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, gemeinsam und solidarisch, wenn sie sich nicht auf die Spielregeln einlassen, dann bangen die Herrschenden um ihre Macht, wenn die Arbeiter nicht mehr mitspielen, bangen die Kapitalisten um ihre Profite!

Darum: wenn die üblichen Mittel (z. B. Gewerkschaften) nicht mehr ausreichen, die arbeitende Bevölkerung ruhig zu halten, dann scheuen sich die Herrschenden nicht, brutale Unterdrückungsmaßnahmen zu ergreifen:

dann wird auch auf Arbeiter geschossen!

wie 1952 in Essen, wie in Italien, wie in der Weimarer Republik. Wie immer, solange es Kapitalisten gibt! Das rechtliche Instrument für diese „Befriedungsaktionen" haben sich die Herrschenden durch die Notstandsgesetze schon basteln lassen!

„Wir vertreten unsere Interessen jetzt selbst." Transparent bei Hoesch.
Nur im Betrieb können die Arbeiter diese Verhältnisse ändern, dort sind sie stark — und nicht in der Werbeabteilung des Unternehmerstaates: im Bundestag. Nicht auf den Kanzler und die SPD-Bundesligamannschaft, auf die Arbeiter kommt es an!

Nicht Wahlkampf, Klassenkampf!

Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden Kollegen aus den Betrieben, die bestreikt wurden, nach Hannover einladen und mit ihnen eine öffentliche Informationsveranstaltung durchführen. Genaueres aufd em nächsten Flugblatt der

Betriebsprojektgruppe im SDS Hannover

Wir bauen das SOZIALISTISCHE ZENTRUM
— gegen Bürokratie und Parlamente
— klassenkämpferisch und solidarisch
Spenden: Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, Kto.-Nr. 9144

3. Flugblatt Aktionsgruppe Hannov. Lehrlinge

"LEHRLINGE SIND HEUTZUTAGE KÖNIGE !!...
DIE LEHRLINGE REBELLIEREN NICHT, SIE SIND KEINE BILLIGEN BIERHOLER, DAS BEWEIST DIE PRAXIS."
(Das stand in der "Welt am Sonntag" des Herrn Axel Springer am 2o. 4. 1969)

JEDER VON UNS WEISS: DAS STIMMT NICHT! LEHRLINGE KOTZEN IMMER ZUM SCHLUSS ! LEHRLINGE SIND BILLIGE ARBEITSMANNER.

NUR ZWEI FÄLLE:

1. Ridel-de-Haen, Seelze.
Dort spart der Unternehmer Arbeitslohn, indem er die Lehrlinge 4 bis 6 Wochen lang stumpfsinnig Tüten und Flaschen mit denselben Präparaten füllen läßt; indem er sie ein halbes Jahr lang Routineuntersuchungen durchführen läßt; indem er sie in enge Labors steckt, wo kein Mensch arbeiten kann.

2. Bahlsens Keksfabrik, Hannover
Dort müssen die kaufmännischen Lehrlinge an einem Stenokurs nach Feierabend teilnehmen. Wer zweimal die Stenoprüfung vergeigt, kriegt 5o,-- DM abgezogen nach der Lehre. Auch hier machen die Lehrlinge noch und noch Fließbandarbeit. Ein Ausbilder: "Sie sind Lehrling, sie stehen viel zu weit unter mir, als daß ich mich mit Ihnen geistig beschäftige!" Bahlsen-Kekse werden besser behandelt!

Als die Kollegen bei Hoesch in Dortmund vor drei Wochen spontan die Klamotten hinwarfen und vors Verwaltungsgebäude zogen, um sich den Lohn zu erkämpfen, den man ihnen freiwillig nicht geben wollte, riefen sie in Sprechchören: AUSBEUTER! Die Arbeiter in Dortmund, in Saarbrücken, in Bremen, in Kiel usw. hatten die Nase voll: sie malochten, die Industriekapitäne, die Aktionäre kassierten. Weil niemand ihnen half, HALFEN SIE SICH SELBST! Nicht durch Wahlen fürs Parlament, nicht durchs Vertrauen auf die Gewerkschaft, sondern DURCH EIGENEN KAMPF zwangen sie die Unternehmer, ihre Forderungen zu erfüllen.
LEHRLINGE WERDEN AUCH AUSGEBEUTET! LEHRLINGE SIND DIE KULIS DER BETRIEBE!

Wir fordern: a) Unternehmensunabhängige Ausbildung
b) Mitbestimmung der Lehrlinge über diese Ausbildung
c) Lehrlingsgehalt

Der deutsche Bundestag hat am 12.6.69, wenige Tage nach der Großkundgebung des DGB in Köln, ein Berufsausbildungsgesetz verabschiedet, das nur den Interessen der Unternehmer gerecht wird.

DAS BERUFSAUSBILDUNGSGESETZ IST EIN BITTERBÖSER WITZ AUF UNSERE KOSTEN!
WIR LASSEN UNS NICHT WEITER ZUM NARREN HALTEN: NICHT VON DEN PARTEIEN IM BUNDESTAG, NICHT VON LEUTEN, DIE UNSERE INTERESSEN IRGENDWO VERWALTEN WOLLEN(DGB/SDAJ/ADF), UND VOR ALLEM NICHT VON DEN KAPITÄLERN IN IHREN UNVERSCHÄMTEN FREISPRECHUNGSFEIERN!

Eine Arbeitsgruppe der AHL ist dabei, Informationen und Gegenwissen, das wir dazu brauchen, zu erarbeiten. Sie trifft sich regelmäßig donnerstags um 19h im Haus der Jugend, Raum 1o.

WIR NEHMEN UNS UNSERE SCHULEN UND LERNEN DORT, WAS UNS NUTZT!
Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge (AHL)

Aktionsgruppe hannoverscher Lehrlinge (AHL):

"Du sollst Deinem Herrn Untertan sein, so wird es Dir wohlergehen." (Neues Testament, Römerbrief)

"Nach Fleiß und Schweiß haben Sie nun Ihre Prüfungen hinter sich. Sie haben durch Ihre Lehre, die Ihren Lehrherrn einige tausend Mark im Jahr kostet, einen soliden Grundstock für Ihr weiteres Leben gelegt", und so weiter.
- Diese und ähnliche Sprüche werden uns seit Jahren auf Freisprechungsfeiern beschert. Wovon werden wir freigesprochen?
- Die Unternehmer versuchen drei Jahre lang, uns zu gehorsamen Befehlsempfängern abzurichten! Ihnen ist Ihr Gewinn wichtiger als unsere Ausbildung!

WIR LASSEN UNS NICHTS MEHR VORMACHEN! JETZT STELLEN WIR DIE GEGENRECHNUNG AUF!

1. Eine große Anzahl von uns Lehrlingen wird in einem Beruf ausgebildet, in dem sie keine weitere Beschäftigung finden. Ihre Lehre ist für die Katz. Sie gehen entweder als Angelernte oder machen eine neue Ausbildung. In beiden Fällen: Verlust von Geld und Zeit. Warum gibt es in diesen Berufen (z.B. Bäcker) noch so viele Lehrlinge? Doch wohl: weil sie billige Arbeitskräfte sind.
2. Viele Lehrlinge können zwar in ihrer Berufsrichtung bleiben, müssen aber völlig neu lernen: weil sich die Produktionstechniken rapide ändern, weil sie in einem kleinen Handwerksbetrieb nach Großvaterart ausgebildet werden, weil sie in Fabriken, die nur einen sehr begrenzten Produktionsbereich haben (z.B. Zulieferfirmen) ihren Beruf nicht umfassend lernen können.
3. Zu allem Übel sind die betriebliche Ausbildung und der Unterricht in der Berufsschule überhaupt nicht aufeinander abgestimmt. Was in der Berufsschule gemacht wird, hinkt ganz und gar hinter der technischen Entwicklung zurück.

Die Industrie braucht in den nächsten Jahren Arbeiter, die schnell umlernen können. Diese Arbeiter müssen ein breites Grundwissen haben. Sie müssen vor allem gelernt haben zu lernen. Die heutige Berufsausbildung leistet das überhaupt nicht. Sie verhindert Beweglichkeit und macht es den Arbeitern dadurch schwer, bei Veränderungen klarzukommen.

WARUM IST DAS SO? Die Unternehmer verhindern eine moderne Berufsausbildung, weil sie nur daran denken, wie man in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld verdienen kann. Und weil sie Angst vor Arbeitern haben, die gelernt haben zu lernen. Die könnten dann nämlich in eine Richtung denken, die den Unternehmern nicht mehr in den Kram paßt. Und dann handeln. Und was machen die Gewerkschaftsbosse? Eine Großkundgebung in Köln: für ein modernes Berufsausbildungsgesetz. Als einige Tage später die bürgerlichen Parteien für die Unternehmer ein Ausbildungsgesetz verabschieden, passiert nichts.

DIE UNTERNEHMER VERBAUEN UNS UNSERE ZUKUNFT! DAS LASSEN WIR UNS NICHT GEFALLEN! WIR WERDEN UNS ZUSAMMENTUN UND GESCHLOSSEN FÜR UNSERE FORDERUNGEN KÄMPFEN!

Wir fordern:
- Unternehmensunabhängige Ausbildung
- Mitbestimmung der Lehrlinge über diese Ausbildung
- Lehrlingsgehalt

Die Berufsschulzeit ist vergeudete Zeit. In dieser Zeit müssen wir uns überlegen, wie unsere Ausbildung aussehen soll. Wir müssen genaue Gegenpläne entwickeln und uns Gedanken machen, wie wir sie durchsetzen wollen. Mit wem wir zusammenarbeiten können.

WIR NEHMEN UNS UNSERE SCHULEN UND LERNEN DORT, WAS UNS NÜTZT!

Aktionsgruppe hannoverscher Lehrlinge (AHL)

Mitschülerinnen, Mitschüler!

An der Tellkampfschule kam es in den zurückliegenden Tagen zu mehreren Flugblattverteilungen, welche Mißstände, so die autoritären Unterrichtsmethoden des stellvertretenden Direktors, der auch die Schlösser von den Scheißhäusern abmontierte, weil dort scheinbar zu viel Hausarbeiten gemacht wurden, aufgegriffen. Eine Oberstufenklasse entschloß sich, den Unterricht des stellvertretenden Direktors zu bestreiken, verbunden mit der Forderung nach einer anderen Lehrkraft. Die einmütige Haltung dieser Klasse ließ den Streik zum totalen Erfolg führen. Aber die Reaktion der aufgeschreckten Schulbürokratie ließ nicht lange auf sich warten. In einer Gesamtkonferenz des TS-Lehrerkollegiums am Dienstag letzter Woche, wurde folgender Beschluß gefaßt: s. Rückseite!

Das niedersächsische Kultusministerium bestätigte den Beschluß der TS-Konferenz, daß S t r e i k s i l l e g a l s i n d . Das heißt:

Diese Bestätigung bezieht alle Schülerschaften Hannovers ein!

Abgesehen davon, daß man uns die Reihenfolge in der Anwendung der "demokratischen und legalen Mittel" vorschreiben will, werden hier FLUGBLÄTTER und STREIKS d i f f a m i e r t. Es wird mit einem Erlaß gedroht, der zuwiderhandelnden Schülern SCHULENTLASSUNG und VERWEISUNG androht. Der Streik, jahrelang erprobtes legitimes Mittel z.B. im Wirtschafts- und Hochschulbereich, ist ein Instrument des Widerstandes gegen die ungeheure Machtfülle bürokratischer Apparate. Lassen wir uns nicht von autoritären Politikern relegieren. Schon gar nicht von LANGEHEINI.

In diesem Sinne sandten Schülerinnen und Schüler den zuständigen Verwaltungsstellen eine Eingabe, in der:

1. die Bestätigung der Legalität eines Schul- und Klassenstreikes
2. Kritik an dem Beschluß des Lehrerkollegiums an der Tellkampf-Schule gefordert wird.

Wir erwarten eine positive Stellungnahme bis Mittwoch, den 24.9.69 12 Uhr: d.h. noch vor der BUNDESTAGSWAHL!!!

Sollten unsere berechtigten Forderungen eine Absage erfahren, müssen wir bereit sein, dafür im Schulbereich und auf der Straße zu kämpfen.

Als erste Kampfmaßnahme kündigen wir an: DEMONSTRATION zum Kultusministerium am FREITAG, 26.9. um 16 Uhr (Opernplatz)

"Es ist an der Zeit, daß die Schülerschaft die Lösung ihrer Probleme selbst organisatorisch in die Hand nimmt. Der Streik ist ein Mittel, in dem die Schüler als politisch handelnde Interessengruppe ihre Bedürfnisse gegen den verkalkten Schulapparat durchsetzen kann.

Schaffen wir ein, zwei, schaffen wir viele Schulstreiks!

Schülerbasisgruppe im SDS

(Aktionsbesprechung ab Mittwoch bis zum Wahlsonntag jeden Abend ab 18 Uhr, Cafeteria)

Beschluß der Gesamtkonferenz vom 16.9.69:

"Der Schulleiter , sowohl die vier Vertreter des GA als auch die drei Vertreter des Schulleitungsausschusses, werden beauftragt, den Schülern der Tellkampfschule ab Klasse 8 folgenden Beschluß der Gesamtkonferenz vorzutragen:

Angelegenheiten, Probleme und Konflikte können an unserer Schule auf entsprechenden demokratischen und legalen Wegen gelöst werden. Seit dem SMV-Erlaß vom 16.9.68 stehen hierzu nicht nur Klassensprecher, SMV, Klassenleiter, Verbindungslehrer , Elternvertretung und Schulleiter zur Verfügung, sondern auch der aus der gleichen Zahl von Lehrern und Schülern bestehende Schlichtungsausschuß und der GA. Läßt sich eine Sache nicht innerhalb der Schule klären, kann sich der Schüler an die Schulaufsichtsbehörde wenden. Die Gesamtkonferenz verurteilt, daß Schüler unter Umgehung der gegebenen demokratischen und legalen Möglichkeiten Konflikte durch Flugblätter oder Streikandrohung in ihrem Sinne zu lösen versucht haben. Sie erklärt, daß sie in Zukunft in solchen Fällen den Erlaß über Erziehungsmaßnahmen (??) der Schule,II 7 vom 8.Mai 1957 anwenden wird!"

Kommentar: Die Schule kramt ihre NOTSTANDSGESETZE aus. Dieser seltsame Erlaß bedeutet für einen Schüler, der Flugblätter verteilt oder zum Streik schreiten bzw. aufrufen will, SCHULENTLASSUNG oder SCHULVERWEISUNG .

Mitschülerinnen und Mitschüler!

Wie zu erwarten war, hat das Kultusministerium auf unsere ultimativ gestellten Forderungen nicht reagiert.

Die Schüler haben erkannt, daß ihre Interessen in den Mini-Parlamenten der Schule nicht wahrgenommen werden können. Nachdem sie den scheindemokratischen Charakter der SMV durchschaut hatten, griffen sie zu anderen Mitteln. Daß diese effektiver waren, zeigt sich in der raschen Erfüllung der Forderung nach Absetzung des Lehrers. Hier haben es die Schulbürokraten noch einmal geschafft, den prinzipiellen Konflikt zwischen Lehrern und Schülern durch den Austausch einer Lehrkraft zu verschleiern. Die Herrschenden dieser Gesellschaft haben die Absicht, uns über die Lehrer ihre Ideologie zu vermitteln. Schüler, die streiken d.h. sich dieser Ideologie verweigern, werden den Herrschenden gefährlich. Durch das Verbot der einzig effektiven Form der Selbstvertretung müssen sie zurückgeworfen werden in den Bereich formaldemokratischer Institutionen der Schule, in denen prinzipielle Interessen der Schüler reduziert werden auf personalistische Konflikte und so die Disziplinierungsabsicht der Herrschenden zu Tragen kommen muß. Die Erweiterung durch den Beschluß des KM auf alle Schulen zeigt deutlich, daß selbst die Schulbürokraten erkannt haben, daß es sich nicht um einen personellen sondern strukturellen Konflikt handelt. Wenn die Schuladministration die Verbreitung ihrer Ideologie gefährdet sieht, bedeutet das für uns, daß wir diese nicht mehr annehmen. Der Verallgemeinerung des Konflikts durch das KM kann nur die Organisation der Schüler entsprechen.

Deshalb organisieren wir uns an

FREITAG, den 26.9. um 16^{h} am Opernplatz in einer

DEMONSTRATION ZUM KULTUSMINISTERIUM mit anschließendem TEACH-IN IM LICHTHOF DER TU (HAUPTGEBÄUDE)

Schülerbasisgruppe im SDS

Kommilitoninnen, Kommilitonen!

WIR HABEN KEINE LUST KREUZCHEN ZU MALEN!

WIR HABEN BEREITS GEWÄHLT !

Das parlamentarische System kann unsere Interessen nicht vertreten, genauso wenig wie das der Arbeiter. Was wir auch wählen werden am Sonntag, wer die Wahl auch gewinnen wird: an der bestehenden Hochschulmisere wird sich dabei nichts ändern. Die Funktion des Parlaments ist bestimmt durch die Stabilisierung des status quo: Interessen und Bedürfnisse, die den Menschen in ihrer Emanzipation, in der Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung ein Stück weiterbringen, werden schon gar nicht mehr wahrgenommen. Ja, man tut alles, um die Bedingungen ihrer Verwirklichung "legal" durch Notstandsgesetze, Ordnungsrecht, Vorbeugehaft etc zu verunmöglichen. Die Interessen und Bedürfnisse, die in den Parlamenten wahrgenommen werden, sind die des Kapitals. Und darin folgen sie konsequent der Profitlogik des Systems. Die wichtigen Entscheidungen fallen im Dialog zwischen Wirtschaft und Exekutive; nicht im Parlament. Dieses ist von jeder effektiven Mitsprache ausgeschaltet. Dem Parlament, und den in ihm rumhokkenden Volksvertretern, bleibt nur noch eine Funktion: die Legalisierung des Industriewillens als Volkswille. Daß dies auch klappt, dafür sorgen die Einpeitscher der Fraktionsspitzen (z.Z. Barzel/Schmidt) zusammen mit dem "harten Kern" des Parlaments, die mit der Exekutive, dem Parlament praktisch verschmolzen sind. Institutionell sichert sich das Parlament vor systeminkonformen Kräften durch Paragraphen wie Wahlrechtsbarrieren, 5%-Hürde, Wahlrechtsreform). Welche der Parteien auch die Wahl gewinnt ist völlig gleichgültig: die Parteien sind austauschbar.

DESHALB SCHREITEN WIR KOLLEKTIV ZUR WAHL UND WÄHLEN UNGULTIG !!!

Unsere Interessen werden nicht von Repräsentanten wahrgenommen, sondern nur durch selbstätiges politisches Handeln, durch solidarische Organisation an der Basis. Das ganz ganz kleine Minischwesterchen parlamentarischer Organisation, die drittelparitätisch besetzten Scheingremien, schicken wir dorthin, wo es - samt ihrem ganz ganz großen Bruder - hingehört: in den Mülleimer der Geschichte.

VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS - ODE ZURÜCK INS PARLAMENT !

Am Sonntag werden wir der sowohl "freiheitlich-demokratischen" (?) als auch "parlamentarischen" (!) Grundordnung zeigen, was wir von ihr denken. Unsere Freunde und Genossen, die zur Wahl schreiten, um auf den Wahlzettel ihre ungültige Meinung zu schreiben, werden wir den würdigen Gang durch kollektiven Beistand erleichtern. Den "weißen Riesen" der NPD/CSU/CDU/SPD/FDP/ADF werden wir den Marsch blasen. Musikinstrumente und Seifenblasen mitbringen.

Laßt Euch massenhaft zum Wahlakt begleiten!
Wählt ungültig!
Begleitet massenhaft die ungültig Wählenden zum Wahlakt!

Treffpunkt zum Wahlwandertag: Sonntag, 10 Uhr, Bahnhof

SDS-Hannover

Erklärung des SDS-BUNDESVORSTANDES zur BUNDESTAGSWAHL 1969

(aus: SDS info 18, Zur Hochschulpolitik)

Die Große Koalition und insbesondere die CDU/CSU haben den Wahlkampf aufgenommen. Sie führen ihn diesmal offen unter der Parole: Die Außerparlamentarische Opposition muß zerschlagen werden. Sie wollen eine Volksgemeinschaft für Ruhe und Ordnung herstellen, um damit politische Interessen im Wahlkampf gar nicht erst aufkommen zu lassen. Bei dieser Wahl geht es nicht um die totale Zustimmung für ein autoritäres Herrschaftssystem mit parlamentarischer Fassade. Während des Wahlkampfs wird der SDS fortfahren, Aktionen zu organisieren, die geeignet sind, die Illusionen über die parlamentarische Demokratie zu zerstören.

Parlamentswahlen in hochindustrialisierten Klassengesellschaften wie der Bundesrepublik erzeugen den Schein, es könnte die ganze Bevölkerung über ihre Geschichte und ihre Interessen politisch entscheiden. Dieser Schein verschleiert im Bewußtsein breiter Massen die Klassenherrschaft des autoritär- sozialstaatlichen Kapitalismus. Der Bundestag ist nichts als die public-relation-Abteilung des autoritären Staates; dennoch werden der Wahlkampf und die Wahl als die wesentliche Entscheidungssituation der Politik vorgetäuscht. Seit der Verabschiedung der Notstandsverfassung hat sich dieser Widerspruch noch verschärft: nachdem in der Großen Koalition faktisch eine Einheitspartei entstanden war, hat sich das Parlament auch noch selbst abgeschafft. Zur gleichen Zeit verbreiten die Manipulateure der etablierten liberalen Öffentlichkeit die absurde Meinung, die APO verscherze mit ihren radikalen Aktionen alle Chancen für Reform und Fortschritt und verhelfe damit der Reaktion von CDU/CSU und NPD zum Sieg. In Wirklichkeit hat sich der autoritäre Staat der CDU/SPD längst mit Hilfe aller offiziellen Institutionen gegen die schwachen Hemmungen einiger Gewerkschaften durchgesetzt und sich legalistisch und polizeilich-militärisch abgesichert.

Heute kann es sich die technokratische Fraktion des autoritären Staates bereits leisten, eine scheinheilige Kampagne für die Mitbestimmung in den Betrieben zu führen. Diese Form der Mitbestimmung wird im Hochschulsektor gerade verwirklicht. Sie heißt: Mitbestimmung in allen bedeutungslosen Gremien. In den Institutionen des täglichen Lebens soll jetzt ebenso wie auf staatlich-politischer Ebene die Ideologie freier und gleicher parlamentarischer Beteiligung und Entscheidung verbreitet werden, um die tägliche Unterdrückung in Sozialbereich, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen aus dem politischen Bewußtsein der Betroffenen zu drängen.

Das ist der neue Weg, Macht und Herrschaft zu sichern.

Angesichts dieser Entwicklung gibt es keine parlamentarische Alternative. Die DKP und die ADF erwecken durch ihre noch nicht einmal wortradikalen Wahlaufrufe die Illusion, der Parlamentarismus könnte reformiert und demokratisiert werden. Anstatt mit gezielten Aktionen die Oppositionsbewegung zu verstärken, verfestigt die DKP das parlamentarisch entpolitisierte Bewußtsein der lohnabhängigen Massen. Der SDS wird in seinen Aktionen während der Wahlveranstaltungen die scheinhafte Opposition der DKP ebenso entlarven wie den Schwindel der CDU/SPD.

Im Wahlkampf und danach werden der SDS und die revolutionären Gruppen der Schüler und Lehrlinge sich auf folgende drei Punkte konzentrieren:

1. Schaffung neuer Lehrlings- und Schülergruppen außerhalb der Universitätsstädte.
Gegen die Volksverdummung des Wahlkampfes setzen wir den praktischen Widerstand gegen die Formierungsmaßnahmen in Berufsschule, Betrieb und Schule. Wir werden die Wahlveranstaltungen angreifen und ihre Lächerlichkeit entlarven, aber keine Vorwände für eine brutale Zerschlagungder

revolutionären Bewegung geben. Die staatlich organisierte Hysterie werden wir unterlaufen. Die Aufklärung über die Scheinhaftigkeit des Wahlkampfes ist nicht das eigentliche politische Ziel der revolutionären Gruppen; aber die revolutionären Gruppen werden sich im Wahlkampf für den weiteren Kampf in den Betrieben, Schulen und Hochschulen stärken.

2. Kampfaktionen im Sozial- und Konsumbereich.
Im Wahlkampf pflegen die Herrschenden den Massen sozialpolitische Versprechungen zu machen. Die Preise werden aus wahltaktischen Gründen bis zur Wahl konstant gehalten. Wie bei den Straßenbahnaktionen in Hannover, Heidelberg und Saarbrücken werden wir im Wahlkampf Aktionen vorbereiten, in denen die lohnabhängigen Massen kapitalistische Interessen und bürokratische Herrschaft spontan durchbrechen können. Die Politisierung des Alltagslebens und der politische Kampf in den Betrieben werden zu einer Selbstverständlichkeit werden.

3. Kampf gegen den Imperialismus der Bundesrepublik - gegen Militärproduktion und Kriegsforschung.
Die Bundesregierung verkauft ihre Außenpolitik als "Sorge für den Frieden". In Wirklichkeit beteiligen sich die Bundesregierung und die deutsche Industrie an der Verschleppung der Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt. Mit Billigung der Bundesregierung baut die Howald-Werft in Hamburg Kriegsmaterial für das faschistische Griechenland, liefert Bloom & Voss Waffen für Portugal zum kolonialen Einsatz gegen die Befreiungsbewegung in Angola. Im Grafschafter Institut für Aerobiologie wird mit B- und C-Waffen experimentiert; im Frankfurter Battelle Institut wird eine großangelegte Forschung für das Pentagon durchgeführt; Krauss-Maffei in München plant Militärproduktion für Griechenland; der Napalm-Produzent Dow-Chemical will mit deutschen Krediten ein großes Zweigwerk bei Hannover bauen. Wir werden Widerstandsaktionen gegen diese und andere imperialistische Objekte organisieren.

Die Bedeutung revolutionärer Arbeit des Wahlkampfes liegt nicht nur in der Entlarvung des Parlamentarismus. Revolutionäre Arbeit heißt: den Wahlkampf für einen der vielen notwendigen Angriffe gegen den Kapitalismus nutzen!

Erklärung des REPUBLIKANISCHEN CLUBS HAMBURG zur BUNDESTAGSWAHL 1969

(aus: konkret Nr. 20, 18.9.1969)

"Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Aber wo geht sie hin?" - So sah Brecht das Dilemma. Inzwischen hat es sich herumgesprochen, daß die Staatsgewalt vom Volke nicht einmal mehr ausgeht. Das Ritual des schlichten Kreuzemachens - "allgemein, unmittelbar, frei, gleich, geheim" - kann nicht länger davon ablenken, daß der Wähler faktisch nicht seinen Vertreter bestimmt, sondern nur den V-Mann von Interessengruppen bestätigt, die ihre Wahl hinter verschlossenen Türen immer schon getroffen haben.

Durch den offiziellen Wahlakt erhält solch ein V-Mann zwar die Weihe eines legitimen "Volksvertreters". Tatsächlich bleibt sein späteres politisches Verhalten für den Wähler jedoch ebenso unkontrollierbar, wie es seine Aufstellung zum Kandidaten war. Er ist jetzt "Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen verantwortlich". Diese verfassungsgemäße Erhöhung macht ihn in der Tat immun gegenüber "denen da draußen im Lande", seinen Wählern also. Das hat die Verabschiedung der Notstandsgesetze eindrucksvoll bewiesen. Sie hat aber auch bewiesen, daß von Unabhängigkeit und Gewissensfreiheit des "Volksvertreters" innerhalb des Parlaments nicht mehr die Rede sein kann. Fraktionszwang läßt den einzelnen Abgeordneten nur noch eine Statistenrolle spielen.

Wichtige Entscheidungen trifft - über die Parteigrenzen hinweg - allein der "harte Kern" des Parlaments: die Fraktionsspitzen in engster Kollaboration - oft Personalunion - mit den Führungsgremien von Wirtschaft und Verbänden (Gewerkschaften, Kirchen) und mit der Regierung natürlich. Organisatorisch überdeutlich macht das die Existenz solcher intimen Elite-Clubs wie "Kreßbronner Kreis", "Konzertierte Aktion" und "Notparlament". Das Gros der "Volksvertreter" muß sich schon aus Informationsmangel mit dieser Geheimklüngelei abfinden.

Daß in einem derart entmündigten Parlament keine gesellschaftlichen Strukturfragen mehr diskutiert, geschweige denn entschieden werden, versteht sich. Von ihrer Führung zur "Politik der Gemeinsamkeit" verpflichtet, konkurrieren die im Parlament vertretenen Parteien als "Volksparteien" nur noch scheinbar miteinander. Vor lauter Sorge um das "Gemeinwohl" und "den Menschen" nehmen sie fundamentale Interessengegensätze im "großen ganzen" gar nicht mehr wahr. Im übrigen sind sie sich einig, daß heikle Sachfragen nicht "öffentlich zerredet" werden dürfen, verzichten auf politische Ideen überhaupt und werfen sich ganz "realpolitisch" auf das Handeln mit Führungspositionen. Resultat dieser Entpolitisierung ist das Machtkartell der "Großen Koalition", das freilich nur zu sehr einem politischen Zweck dient: der Konservierung bestehender Produktions-, Markt- und Besitzordnungen.

Für diesen Zweck ist nun der Bundestag keineswegs bedeutungslos. Vertritt er auch nicht das Volk, so repräsentiert er doch sehr effektvoll die Regierung bzw. die in ihr vertretenen Machtgruppen. Er fungiert als Public-Relation-Abteilung, in der um allgemeines Verständnis für Regierungsmaßnahmen geworben wird; gleichzeitig schützt er die Exekutive, indem er öffentliche Kritik abfängt und zum Schein befriedigt in sogenannten freien Aussprachen und in Untersuchungsausschüssen; schließlich ist er deshalb unentbehrlich, weil er als Verabschiedungsmaschine der Regierungsgewalt den beruhigenden Glanz einwandfreier Gesetzlichkeit, ja Gewaltlosigkeit verleiht und sie damit erst recht unwiderstehlich macht (Notstandsgesetze).

Wichtig ist, daß dabei die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf das Einhalten der - ständig beschworenen - "Spielregeln" gelenkt wird, so, als käme es im Parlamentarismus nur auf das "Wie" und nicht auf das "Was" an. Das hilft dann den offiziellen Aberglauben fördern, Demokratie und das bloße Funktionieren formaldemokratischer Einrichtungen seien ein und dasselbe.

Parlamentarische Demokratie 1969: ein mehr oder weniger interessantes "Spiel nach Regeln", das die Verwaltung des status quo publikumswirksam bemänteln soll. Politische Alternativen sind hier funktionslos und werden deshalb auch gar nicht mehr vertreten. Darüber wacht u.a. die "Kampforganisation" SPD, die sich zum Dank für drei Jahre Große Koalition nur noch als die technisch bessere CDU empfiehlt und beileibe nicht die Alleinherrschaft, sondern nur noch ein wenig "Führung" möchte.

In einer derart gesicherten Harmonie kann die wieder freigelassene traditionelle Linke (DKP) keinen Schaden mehr anrichten. Im Gegenteil: sie hilft das liberale Image unseres pluralistischen Rechtsstaats verschönern und ist zudem leicht kontrollierbar. Aber die ADF?

Eine Partei, die in dem total "befriedeten" Bundestag von heute ernsthaft Opposition machen will - und sei es nur, um ohnehin bekannte Manipulationstechniken noch einmal parlamentarisch zu entlarven -, eine solche Partei sollte das herrschaftssichernde System dieses Bundestags sehr gut kennen. Sie sollte die Gefahr immerhin sehen, daß sie - gebunden an die "Spielregeln"- leicht als staatstragende "Radikal"-Opposition gleichzuschalten wäre. Nur dann könnte sie - allenfalls - die nötigen Abwehrkräfte entwickeln. Von derlei Erkenntnissen verrät die ADF freilich so gut wie nichts. Statt dessen argumentiert sie so, als käme es wie im Bilderbuch-Parlamentarismus immer noch darauf an, die richtigen Leute in der richtigen Zahl zu Abgeordneten zu machen. Damit sitzt auch sie dem gängigen Vorurteil auf, daß formal-demokratische Einrichtungen wertneutral, also auch gegen die herrschenden Kreise benutzbar seien.Sie wird es nicht wissen wollen, aber diese ADF klebt schon diesseits der Fünf-Prozent-Schranke auf dem Leim einer konservativen "Realpolitikder Mitte".

Der kritischen Linken bleibt also "nur" die außerparlamentarische Opposition, die - eben weil sie außerparlamentarisch ist - den selbstbestimmungsfeindlichen Charakter unserer pro-forma-Demokratie entlarven kann: durch gezielte Verletzung jener "Spielregeln", von denen die überlebten Parteiapparate der traditionellen Linken offenbar noch Heil erwarten. Allerdings, solche Regelverstöße müssen als radikaldemokratischer Protest verständlich sein. Das bedeutet konkret für die Bundestagswahl: kein Wahlurnen-Kidnapping (leicht als Maffia-Trick zu kriminalisieren und für die Ordnungsmächte ein allzu willkommener Grund zum Dreinschlagen), aber auch nicht bloße Stimmenthaltung, die von innerer Emigration, politischer Abstinenz oder einfach Trägheit kaum mehr zu unterscheiden wäre. Der anerzogenenGlaube an den demokratischen Sinn der Wahlübung läßt sich jedoch erschüttern, wenn das Ritual selbst entschieden zweckentfremdet wird: durch drastische Vermehrung der ungültigen Stimmen. Das Wahlergebnis darf von der Kritik der außerparlamentarischen Opposition nicht unbehelligt bleiben. Wir werden die verfassungsmäßige Heimlichkeit der am 28. September bereitgestellten Kabinen zu nutzen wissen und ungültig wählen!!

Sechs Thesen zur Kritik des Parlamentarismus

Besondere Aktualität erhält die Diskussion über das parlamentarische System der Bundesrepublik durch die Bundestagswahlen 1969. Der Entschluss einiger ausserparlamentarischer Gruppierungen, sich zu einem Kartell zusammenzuschliessen oder gar eine eigene Partei zu gründen, scheint auf den Erfahrungen sozialdemokratischer und Parteien in Westeuropa und Russland zu Anfang dieses Jahrhunderts zu basieren. Die umstandslose Übernahme traditioneller Wahltaktik verweist zugleich auf die Notwendigkeit, die kritische Auseinandersetzung mit der historischen Funktion des Parlamentarismus und der Wahl- (Parlaments-) Politik der Arbeiterparteien wiederaufzunehmen.

Die Kritik an der parlamentarischen Demokratie ist ein Teil der Organisationsdiskussion, in der sich die antiautoritäre Bewegung der Schüler, Studenten und jungen Arbeiter seit einiger Zeit befindet. Diese Debatte wird bestimmt von der Absage an die traditionellen Organisationsformen (Parteien, Gewerkschaften) einerseits und die Diskussion über die Bedingungen und die Möglichkeiten neuer Formen organisatorischer Zusammenarbeit. In dieser Auseinandersetzung werden die Organisationsdebatten in den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien sowie in den Gewerkschaften historisch- kritisch wieder aufgenommen. Nur so scheint es möglich, zu einer fundierten Kritik an der Politik der traditionellen Arbeiterorganisationen und der politischen Organisationsformen des bestehenden Systems zu finden.

In dem vorliegenden Beitrag soll die geschichtskritische Auseinandersetzung mit der Parlamentarismusdebatte unter dem Aspekt aufgenommen werden, unter welchen politisch- organisatorischen Bedingungen sich die Teilhabe der proletarischen Organisationen am bürgerlichen Parlament entwickelte. Aus dem Studium der historischen Parlamentarismusanalyse sollen schliesslich einige Konsequenzen für die Kritik an der parlamentarischen Demokratie heute gezogen werden.

"Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."(Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

I Ideologie und Wirklichkeit des Parlamentarismus heute

In der bürgerlichen Ideologie heute stellt das Parlament die Institution dar, in der alle Interessen gesellschaftlicher Schichten bzw. Klassen repräsentiert sein sollen. Das allgemeine Wahlrecht soll also auch der Arbeiterschaft den ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Einfluss auf die politischen Zielsetzungen garantieren.
Das Parlament ist von seinen Begründern konzipiert worden als Forum konkurrierender Interessen. Diese sind politische Interessen, deren Garantie in der ökonomischen Verfügungsgewalt der Individuen über den Produktionsprozess liegt.
Das Parlament ist ein Vertretungsorgan des Bürgertums. Es existiert auf der Grundlage der Verfassung. Die Rechte, die in der Verfassung garantiert werden, sind den vorgegebenen Rahmen, auf den die interessenvertretung bürgerlicher Parlamentsfraktionen beschränkt ist. Die Existenz des Privateigentums an Produktionsmitteln ist Bedingung der politischen Machtverteilung und darf qua Verfassungsgarantie innerhalb des Rahmens der parlamentarischen

Gesetzgebung nicht angetastet werden.
Mit der aufhebung des bürgerlichen Konkkurrenzmarktes nationaler Provenienz in den kapitalistischen Weltmarkt und der tendenziellen Krisenanfällig keit des kapitalistischen Reproduktionssystems setzt eine Phase der Neuorientierung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik ein.
Die Produktionsmitteleigen ümer (Privatkapitalisten und Konzernverwalter) sind nicht mehr allein in der Lage, die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten. Die Notwendigkeit, unter dem Druck der internationalen Konkurrenz Märkte zu sichern und unter den Anforderungen des technologischen Entwicklungsprozesses hohe Kapitalsummen zu investieren, zwingt den Staat, der in der liberalen Ära der bürgerlichen Gesellschaft nur ökonomische Randfunktionen erfüllte (Administration, Militär) in ökonomische Teilbereiche einzugreifen: Rüstungsausgaben, Subventionen für unterentwickelte Industriebereiche, Übernahme der Infrastrukturkosten, Schutz inländischer Preise durch Zölle etc. sind wichtige Kennzeichen.
Die Parlamente hatten in dieser Ära der Neuverteilung der ökonomischen Funktionen innerhalb einer antagonistischen Gesellschaft objektiv die Funktion, deren Widersprüche durch Gesetzgebungsakte zu kaschieren. Eine Sozialgesetzgebung genügte, um die Fiktion der allgemeinen Interessenvertretung aufrechtzuerhalten.

II Das Verhältnis von Parlamentspolitik und ausserparlamentarischen Massenaktionen bei Lukacs und Pannekoek

Die Diskussion über die Wahl- und Parlamentsbeteiligung stand in der Geschichte des revolutionären Marxismus im Rahmen einer Organisationsdebatte über die Aktionen der Arbeiterklasse zur Gewinnung von politischer Macht in der kapitalistischen Gesellschaft und ujfasste traditionell einen analytischen und einen strategisch- taktischen Teil.
Die theoretischen und pragmatischen Debatten über die Frage der Wahl- und Parlamentsbeteiligung entzündeten sich nach dem Zusammenbruch der SPD und der gründung der III internatioanle sowie der KPD erneut. Die KPD (Spartakusbund) hatte es 1919 abgelehnt, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen. Nach dem Tode Rosa Luxemburgs und Karl Liebknecht änderte sich jedoch unter der Führung Paul Levis die Stellung der KPD. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Erstarkens reaktionärer Kräfte (Kapp- Putsch) und unter dem Gebot der ideologisch- politischen Absetzung von der im April 192o gegründeten KAPD sowie unter der Führung Lenins wurde auf dem 4. (illegalen)Parteitag der KPD die Teilnahme an den bevorstehenden Parlamentswahlen gebilligt.
Anton Pannekoek, der radikale holländische Marxist, und Georg Lukacs, der in "Geschichte und Klassenbewusstsein" den Leninschen Parteitag geschichtsphilosophisch interpretierte, strukturierten die Parlamentarismusdiskussion unter den gleichen theoretischen Voraussetzungen. Eine Beteiligung von sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien an bürgerlichen Wahlen oder Parlamenten sei nur dann politisch sinnvoll, wenn die Parlamentspolitik von den ausserparlamentarischen Massen gestützt, legitimiert und kontrolliert werde.
Auf dem Hintergrund des Zusammenbruchs der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in der II Internationale wird mit der kritik der Zentristen und Revisionisten die Unterwerfung der parlamentarischen Arbeit unter ausserparlamentarische Kontrolle postuliert. In der Auseinandersetzung, die vor dem . Weltkrieg schon einmal zwischen linken und rechten Sozialdemokraten (bzw. Gewerkschaften) und in der Internationale stattgefunden hatten, verwerteten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Erfahrungen aus der russischen Massenstreikbewegung zu Anfang des Jahrhunderts. Massenaktionen bzw. -streiks seien "die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes (Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften). Sie repräsentierten ausserdem die soziale und politische Macht der Sozialdemokrati

Lukacs und Pannekoek nehmen die Argumente reflektiert wieder auf. Pannekoek stützt seine Theorie der Massenaktionen als Komplement jeglicher Wahlpolitik aus der ökonomischen Weltsituation: Die politische Machtstellung der Bourgeoisie hat sich aufgrund ihrer ökonomischen Machterweiterung gefestigt; sie ist selten nur auf Kompromisspolitik gegenüber dem Proletariat angewiesen. Die Ausbreitung der kapitalistischen Machtsphäre auf die ganze Welt, und die durch die imperialistischen Staaten organisierten Ausbeutungsfeldzüge nach Afrika, Asien, Lateinamerika stellen ein qualitativ neues Stadium der Entwicklung des Kapitalismus dar. Nach der nationalen Revolutionierung der Produktivkräfte sucht der Kapitalismus neue Betätigungsfelder. Indem er über die nationalen Grenzen hinaus sich ausbreitet, gerät er mit konkurrierenden politischen Mächten in Konflikt. Er wird notwendig aggressiv und sichert seine Errungenschaften durch militärische Machtmittel.
Diese fortgeschrittene Stufe in der Struktur und Politik der kapitalistischen Staaten hat Rückwirkung auf die politischen Organisationsformen der Bourgeoisie. Aus dem Hintergrund der weltweiten Ausbreitung des Kapitalismus durch die imperialistischen Staaten wird deutlich, dass den bürgerlichen Parlamenten der Boden zur demokratischen Beeinflussung gesellschaftlich relevanter Entscheidungen fehlt. Die politischen Entscheidungen fallen längst auf ausserparlamentarischer Ebene: in der Regierung und in ihren Ministerien, in den Staatsorganen (Militär). Das Parlament wird zum Akklamationsinstrument der Regierungs- und Staatsorgane.
Der Funktionswandel des Kapitalistischen Systems geht in die theoretischen Debatten über die Parlamentarismusanalyse und die kommunistische Parlamentspolitik ein.
Der "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (Lenin) macht neue taktische Methoden notwendig..."Die Parlamente können in der Regel nicht viel tun, wo die Politik der regierenden Klasse gleichsam instinktiv und mechanisch zu den schärfsten Bedrängungen...gegen die Massen führt, zu Teuerung, zu Lohnkürzungen, zu Arbeitslosigkeit, zu politischer Reaktion. Da kann nur die Masse selbst etwas tun. Bleibt sie verwirrt und unsicher, aktionslos, so helfen alle Proteste im Parlament auch nichts, und wehrlos muss sie alles über sich ergehen lassen. Will sie aber auftrumpfen, dann muss sie als Masse auftreten, durch spontane oder vorbereitete Kundgebungen und Aktionen einen unmittelbaren Druck auf die Regierung ausüben, dieser Druck tritt als neuer politischer Faktor auf, der aus Furcht vor dem weiteren Anwachsen solcher Bewegungen die regierende Klasse ein Interesse daran hat, mehr oder weniger nachzugeben."(Anton Pannekoek,Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats)
Die klassentheoretischen Gesichtspunkte, nach denen Pannekoek die innerparlamentarische Politik ausrisst, bedeuten in ihrer praktisch-politischen Anwendungen radikalen Bruch mit der traditionellen sozialdemokratischen Politik. Das Parlament ist nicht mehr Adressat von arbeiterfreundlichen Reformvorschlägen; diese Funktion büsst es in der neuen Stamokap-Theorie nahezu ein. Es ist nicht länger Forum eines scheinbaren Ausgleichs antagonistischer Interessengegensätze, sondern "Tribüne des Klassenkampfes". Seine praktische Bedeutung liegt darin, Vehikel der Massenaufklärung zu sein. Propaganda, Agitation, Aktion" sind prinzipiell proletarische Parlamentspolitik. Reformerische Verbesserungen sind, da sie nichts an den bestehenden Machtverhältnissen ändern, allenfalls Nebenprodukte der offensiven Politik der Kommunisten im Parlament.
Aufklärung über die politischen Entscheidungen der bürgerlichen Klasse im Parlament- und Erziehung zum sozialistischen Klassenbewusstsein, das ist die Funktion der kommunistischen Parlamentsfraktion für die Arbeiterklasse.
Die Kriterien, nach denen Lukacs die Frage der Beteiligungen Parlament entscheidet, sind einerseits "das Prinzip des Klassenkampfes, an dessen (die konkrete) Analyse das gegenwärtigen, tatsächlichen Standes der materiellen und ideologischen Kräfteverhältnisse der einander gegenüberstehenden Klassen."(Lukacs, Zur Frage des Parlamentarismus) Auch bei Lukacs steht die Frage nach dem Übergang der revolutionären Organisationen zur

Offensivegegen die organisierte Bourgeoisie im Vordergrund. Die parlamentarische Parlamentsfraktion bereitet diese Offensive gegen die bürgerliche Klasse und ihre politischen Organisationen (Parlament) im Parlament selbst vor. "Der kommunistische Parlamentarismus muss das Parlament im Parlament selbst bekämpfen - und zwar mit einer Taktik, die sich für keinen Augenblick auf den Boden der Bourgeoisie, des parlamentarismus stellt...Es handelt sich also bei der kommunistischen Taktik der Entlarvung der Bourgeoisie im Parlament nicht um eine Kritik mit Worten..., sondern um eine Provokation der Bourgeoisie zu einem offenen Vorgehen, zu einer Selbstentblößung durch Taten, die für sie im gegebenen Augenblick ungünstig werden kann."
Aus den Erfahrungen des parlamentarischen Revisionismus der Sozialdemokratie leitet Lukacs, ähnlich Pannekoek, die Notwendigkeit ausserparlamentarischer Aktionen zur Unterstützung und Kontrolle innerparlamentarischer Agitation ab. Die ausserparlamentarischen Massen gehen zum Angriff auf die bürgerlichen Institutionen vor- die innerparlamentarische Fraktion ruft sie dazu auf.
Diese scheinbar paradoxe Politik entspricht der politischen Stellung der proletarischen Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft. Im scharfsten Gegensatz zur Politik der Bourgeoisie und ihrer ökonomischen Verfügungsgewalt befindlich, ist die Arbeiterklasse unter vorrevolutionären Umständen darauf angewiesen, die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Klasse in jede Institution des politischen und des Alltagslebens hineinzutragen. Ihre Defensivstellung in Bezug auf die fehlende Verfügungsgewalt über ökonomische und politische Machtmittel hebt sich auf im Angriff auf die politischen Organisationen und Exekutivorgane der Bourgeoisie.
Lukacs und Pannekoek versuchen, die theoretische Analyse des kapitalistischen Staates im Hinblick auf ihre praktische Bedeutung für die Politik der Partei und der Klasse neu zu reflektieren. Die pragmatische Politik der 2. Internationale macht die theoretischen Fortschritte der 3. (kommun.) Internationale Platz. Beispielhaft dafür ist die Anwendung der Leninschen Imperialismusanalyse auf die Tagespolitik der Arbeiterorganisationen und der Leninschen zentralistischen Parteitheorie auf das Verhältnis von Partei und Parlamentsfraktion.
Die Bezeichnung des Parlaments als "Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie", in der sich alle marxistischen Theoretiker einig sind, verlangt nach einer Analyse der Entstehungsbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Organisationsformen. Dabei soll insbesondere auf die Frage eingegangen werden, unter welchen historischen Bedingungen das Parlament zum politischen Herrschaftsinstrument über die Arbeiterklasse werden konnte. Ineins geht damit die Frage, wie sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung die sozialdemokratischen Organisationen zu den bürgerlichen Parlamenten und zur Frage der Parlamentsbeteiligung verhalten haben. Ein weiterer Komplex beschäftigt sich mit der Aktualität der in der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung geleisteten Parlamentarismusanalysen.

III Die politischen Organisationsformen des Bürgertums im 19. Jahrhundert am Beispiel Frankreichs.

Die Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Organisationsformen ist nur im Kontext der ökonomischen Emanzipation der bürgerlichen Klasse von den Fesseln des Feudalismus zu sehen.
Am Beispiel Englands führt Marx den Beginn der industriellen Revolution und ihrer politischen Rückwirkung auf die Emanzipation des Bürgertums aus. Die Aufhebung der Trennung von Stadt und Land, die Ausbreitung der Manufakturindustrie, die Enteignung der bäuerlichen Subsistenzbetriebe, die Vertreibung der Bauern vom Lande in die Fabriken, die Entstehung einer Lohnarbeiterklasse - das sind Daten, die die materielle Entwicklung Englands seit dem 16. Jahrhundert kennzeichnen. - Free Trade, die Erschließung von kolonialen Märkten, die relative militärische Vormachtstellung Englands festigen die Herrschaft der bürgerlichen Klasse. "Die glorious revolution brachte mit dem Oranier Wilhelm III. die grundherrlichen und kapitalistischen Husnacher zur Herrschaft...Zudem war die neue Grundori-

stokratie die natürliche Bundesgenossin der neuen Bankokratie, der eben aus dem Ei gekrochnen hohen Finanz un der damals auf Schutzzölle sich stützenden großen Manufakturisten. Die englische Bourgeoisie handelte xx für ihr Interesse ganz so richtig...." (Karl Marx, Kapital, Band I, Berlin 1959, S. 762)

Die Bourgeoisie gibt sich eine eigene politische Organisationsform: das Parlament. Die Ausbildung der politischen Interessenvertretung gegenüber dem Feudaladel und der Lohnarbeiterklasse (vgl. die englische Arbeitergesetzgebung seit dem 15. Jahrhundert) sichern ihre politische Herrschaft.

Im Gegensatz dazu geht in Frankreich die industrielle Revolution nicht so schnell und ungebrochen vonstatten. Zwar erkämpft sich die junge Bourgeoisie in der französischen Revolution ihre politischen Freiheiten: liberté, égalité, fraternité. Doch ist Frankreich zu dieser Zeit ein armes, wenig industrialisiertes Land. Die Hauptkultur ist Ackerbau, und die Bauern selbst sind aufgrund ihrer naturwüchsigen Besitzverhältnisse keine Stütze im Emanzipationskampf des Bürgertums.

Durch ein Merkmal unterscheidet sich der politische Entwicklungsprozeß in Frankreich von dem Englands: aufgrund des langsamen Tempos der ökonomischen Entwicklung erringt die bürgerliche Klasse in Frankreich nicht mit einer Revolution ihre politische Macht. Sie ist gezwungen, zum einen die Staatsmacht gegen die demokratische Verfassung und die Ansprüche der Arbeiter und Kleinbürger zu mobilisieren. Zum anderen aber muß sie sich gegen die (Schulden-) Politik des Staates und der Finanzbourgeoisie zeitweise mit dem Kleinbürgertum verbünden (vgl. die Verfassungskämpfe von 1830 bis 1850).

Die Machtverhältnisse in der Gesellschaft bestimmten also die Politik des Bürgertums in England und Frankreich. Zugleich aber wurden in der politischen Emanzipationsbewegung Zielsetzungen, Postulate und demokratische Modelle aufgenommen, die die bürgerliche Philosophie aus der Kritik der feudalen Gesellschaftsverhältnisse entwickelt hatte. Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem absolutistischen Staat, gesetzliche Regelung privater Besitzverhältnisse und die Konstituierung politischer Freiheiten waren politische Forderungen, von deren Erfüllung die Festigung der Machstellung der bürgelichen Klasse abhing. Zugleich dienten sie als Legitimation für die politische und ökonomische Unterdrückung der Lohnarbeiterklasse.

Nicht nur innerhalb ihrer Stellung im Parlament, sondern auch in ihrem Verhältnis zum Staat, ist die Bourgeoisie und deren palamentarische Fraktion durch eine abivalente Politik gekennzeichnet. In Frankreich, wo der Staat "die bürgerliche Gesellschaft von ihren umfassendsten Lebensäußerungen bis zu ihren unbedeutendsten Regungen hinab, von ihren allgemeinsten Daseinsweisen bis zur Privatexistenz der Individuen umstrickt, kontrolliert, maßregelt ..., wo dieser Parasitenkörper durch die außerordentlichste Zentralisation eine Allgegenwart, Allwissenheit ... gewinnt, (ist das) materielle Interesse der französischen Bourgeoisie gerade auf das innigste mit der Erhaltung jener breiten und vielverzweigten Staatsmaschine verwebt ... Andererseits zwang ihr politisches Interesse sie, die Repression, also die Mittel und das Personal der Staatsgewalt, täglich neu zu vermehren, während sie gleichzeitig einen ununterbrochenen Krieg gegen die öffentliche Meinung führen und die selbständigen Bewegungsorgane (Nationalversammlung) mißtrauisch verstümmeln, lähmen mußte, wo es ihr nicht gelang, sie gänzlich zu amputieren. So war die französische Bourgeoisie durch ihre Klassenstellung gezwungen, einerseits die Lebensbedingungen einer jeden, also auch ihrer eigenen parlamentarischen Gewalt zu vernichten, andererseits die ihr feindlich Exekutivgewalt unwiderstehlich zu machen." (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte)

In der Februarrevolution von 1848 waren bürgerliche Republik, demokratische Verfassung und Parlament erkämpft worden. Doch die Verfassung, die sich diese Republik gab, erwies sich bald als zweischneidiges Schwert. "Der umfassendste Widerspruch aber dieser Konstitution besteht darin: die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktionierte, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre Politischer Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen." (Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, a.a.O. S. 49 f.)
Das Bürgertum konnte nur mit Hilfe von Zwangsgewalt seine Interessen durchsetzen. Das heißt aber: es konnte sich nur behaupten, indem es die Verfassung, die nicht nur ihr, sondern ebenso den anderen Klassen demokratische Rechte verlieh, dauernd außer Kraft setzte bzw. boykottierte. Der Herrschaftsanspruch der Bourgeoisie durch den sie sich von allen anderen Klassen abhob, duldete keine Verfassungsgrundsätze, die ihre ökonomische Macht beschränkten. Während die Bourgeoisie auf diese Weise ihre politische Konstitution zerstör, um die für ihre ökonomische Machtsicherung notwendige politische Gewalt auf außerparlamentarischem Wege zu erreichen, gerät sie immer mehr in Konflikt mit dem Proletariat.

Das Proletariat macht in diesem Auseinandersetzungen erste organisatorische Erfahrungen. Es wird politisch eine so starke Macht, daß es die Februarevolution 1848 bestimmen kann. Der Kampf gilt der Realisierung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die Ausrufung der Republik versucht die Bourgeoisie mit Gewalt zu verhindern. Und doch sollte diese Revolution die Grundlage für eine selbständige Organisierung der Arbeiterklasse schaffen. In dieser Revolution erkämpften sich die Arbeiter von Paris zum ersten Male das allgemeine Wahlrecht, den Vertretungsanspruch ~~x~~ im Parlament neben der Bourgeoisie. "Das Proletariat, indem es der provisorischen Regierung, und durch die provisorische Regierung ganz Frankreich die Republik diktierte, trat sofort als selbständige Partei (Louis Blanc) in den Vordergrund, aber es forderte zugleich das ganze bürgerliche Frankreich gegen sich in die Schranken." (Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, a.a.O. S.26)
War mit der Februarrevolution der wesentliche Schritt für die Arbeiterklasse getan, sich die politische Macht zu erobern, so sind die folgenden Jahre im Parlament wie in den außerparlamentarische Massenaktionen von den Versuchen der bürgerlichen Fraktion gekennzeichnet, sie gewaltsam zu entmachten. Das allgemeine Wahlrecht war zwar, wie sich in der Folgezeit in Frankreich zeigte, ein Kampfmittel, mit dem die proletarischen Führer außerparlamentarische Massen mobilisieren konnten. Doch eine beständige politische Macht im Parlament konnte die proletarische Fraktion nie werden. Gezwungen, mit der kleinbürgerlichen Fraktion, bzw. Teilen der liberalen Bourgeoisie sich zu verbünden, war sie in parlamentarischen Aktionen ständig unterlegen. Ihre soziale Stärke erwies sie in den außerparlamentarischen Massenaktionen, die im Juni-Aufstand 1848 ihren Höhepunkt fanden.
Der Juni-Aufstand ist deshalb exemplarisch für die organisatorische Situation der Arbeiterbewegung, weil sie das öffentliche Eingeständnis der sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen Fraktionen und der außerparlamentarischen Massen war, daß sich neben den bürgerlichen Interessen keine proletarischen Interessen parlamentarisch durchsetzen ließen, sondern daß sich die soziale Macht der proletarischen Klasse nur durch den direkten Angriff auf die Herrschaftspositionen der Bourgeoisie behaupten ließ.

Die Pariser Arbeiter verstanden den Juni-Aufstand gleichwohl als außerparlamentarische Bekräftigung ihrer innerparlamentarischen Ansprüche auf politische Macht, aber dieser Kampf wurde von der Bourgeoisie und der Staatsgewalt als ein Kampf um Leben und Tod der bürgerlichen Ordnung bekämpft. "Es war ein Kampf um die Erhaltung oder Vernichtung der bürgerlichen Ordnung. Der (demokratische) Schleier, der die Republik verhüllte, zerriß." (Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, a.a.O. S 39)
Die Zerschlagung des Aufstandes durch die Bourgeoisie kündigt ein neues Stadium in der Geschichte der Arbeiterbewegung an: den manifesten Bruch mit der Bourgeoisie.
Zusammenfassen läßt sich: in den Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Regierung bzw. Staatsmacht verlor das Parlament jegliche Kontrolle über die Regierung und ihre Vollzugsorgane. Die Politischen Entscheidungen fielen außerhalb des Parlaments in den Institutionen des Militärs, der Finanzbourgeoisie und des Königs (vgl. die Parlamentsdebatten während des römischen Feldzugs, "18. Brumaire" und "Klassenkämpfe"). Die Verfassung wurde zum beliebig verwendbaren Instrument in der Hand der Bourgeoisie (die die darin enthaltenen Rechte den abhängigen Massen vorenthielt)- oder aber der Staat setzte sich über sie hinweg. Die Interessen des Proletariats ließen sich aufgrund dieser Bedingungen im Parlament nicht durchsetzen.

IV Die Kommune von Paris als bestimmte Negation der parlamentarischen Politik und als konkrete Antizipation der sozialistischen Demokratie

Die Kommune von Paris entstand in einer historischen Situation, als die parlamentarische Republik Frankreich ihren Bankerott erklärt hatte. Die jahrelangen Kämpfe zwischen Nationalversammlung und Regierung, zwischen Industriebourgeoisie, Finanzbourgeoisie und dem König hatten dazu geführt, daß die Verfassung und die Nationalversammlung mehr denn je zur einer demokratischen Nomenklatur wurden. Die Kommune wurde proklamiert, als die Regierung der nationalen Verteidigung (eine Art bürgerliche Volksfrontregierung zur Verteidigung gegen die anrückenden preußischen Truppen im deutsch-französischen Krieg) die Nationalgarde entwaffnen wollte (jene Nationalgarde, die die Massenaktionen des Pariser Proletariats z.T. unterstützt hatte, oder zumindest sich geweigert hatte, auf sie zu schießen).
Die historische Bedeutung der Kommune liegt in der poolitischen Organisationsform, die sie sich gegeben hat. Äußerlich nationales Gegenstück zu der Kapitulationsregierung Thiers, war sie in ihren Organen und Strukturen eine erste Form unmittelbarer Herrschaft des Volkes. Engels sagt von ihr mit Seitenhieb auf die deutschen revisionistischen Sozialdemokraten "...Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats." (Engels, Einleitung zu den "Klassenkämpfen in Frankreich", in Marx/Engels, Ausgew. Werke, Berlin 1969).
Das Verhältnis der Kommune zum bürgerlichen Staat war nicht nur für die praktischen Erwägungen sozialistischer Politik bedeutsam, sonder es hatte weitreichende Folgen für die theoretische Analyse. Die allgemeine Auffassung von Marx und Engels, wie sie im Kommunistischen Manifest vertreten wird, in der proletarischen Revolution müsse der Staat vom kämpfenden Proletariat übernommen und seine Einrichtungen zur Unterwerfung der Bourgeoisie benutzt werden, konkretisierte sich in den Erfahrungen der Pariser Kommune. Die Kommune schaffte den Staat in Form der eigenständigen unabhängigen Organisation ab. Sie ersetzte sein Heer durch das bewaffnete Volk von Paris. Sie schaffte das Beamtentum vom Verwaltungsangestellten bis

zum Richter ab und ersetzte es durch direkt gewählte und jederzeit abwählbare Volksbeauftragte. Sie beseitigte die Verschwendung durch die Staatsmaschine, in dem sie allen Staatsangestellten den gleichen Lohn wie Arbeitern gab.
Ein Teil der staatlichen Funktionen ging über auf die gesellschaftliche Organisation Kommune: "Die Kommune bildete sich aus dem durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrheit bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zur gleichen Zeit ...Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt" (Marx, Bürgerkrieg in Frankreich). Die Reduzierung des Staates auf die objektiv notwendigen gesellschaftlichen Verwaltungsfunktionen (im nationalen Maßstab) war ein revolutionärer Schritt zur Befreiung der Arbeiterklasse von der Unterdrückung durch außerökonomische Zwangsgewalt.

Die zweite Bedingung, die die Ausübung unmittelbar demokratischer Lebensformen konstituierte, war die Abschaffung jeglicher Ausbeutung. Die Schaffung eines Gemeineigentums, an dem alle Gesellschaftsmitglieder in gleicher Weise teilhaben, mußte jedoch unverwirklichtes Projekt der Kommune bleiben.
Die Kommune von Paris hatte nur kurze Zeit zum Leben. Sie war faktisch von Anfang an zum Untergang bestimmt. Ihre Bedeutung liegt darin, eine konkrete Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus gewesen zu sein und zugleich die proletarische Antwort auf den bürgerlichen Klassenstaat demonstriert zu haben. Statt der verselbständigten Interessenvertretung der verschiedenen Klassen im Parlament setzte sie die direkte Verantwortlichkeit von direkt gewählten Volksvertretern. Statt der Teilung der Gewalten und der formalen Unterwerfung der Exekutive unter die Legislative übte sie beide Funktionen zugleich aus und verhinderte auf diese Weise die Bildung einer unkontrollierbaren Zwangsgewalt. Die Teilung zwischen räsonierendem Parlament und arbeitender Regierung war aufgehoben in der verantwortlichen Arbeit der Organisation der Volksvertreter.
Diese neue Form der Praktizierung unmittelbarer Demokratie durch das arbeitende Volk hatte die französischen Arbeiterorganisationen zur Avantgarde der internationalen Sozialdemokratie erhoben.
So sehr jedoch die Kommune in der Folgezeit in allen sozialdemokratischen Organisationen Westeuropas und Amerikas diskutiert wurde, sie wurde bald zum historischen Denkmal, das die sozialdemokratischen Arbeiterparteien einbalsamierten, um es lange nicht mehr zum Leben zu erwecken. Die Geschichte der Parlamentspolitik der sozialdemokratischen Parteien und der bürgerlichen und z.T. extrem reaktionären Regierungen (Bismarck) war eine totale Negation der Kommune.

V. Parlamentarismusanalyse und Parlamentspolitik in den Anfängen der deitschen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei war hervorgegangen aus kleinbürgerlich-demokratischen Gruppierungen, die 48er Revolution mitbestimmt hatten, aus dem Kreis um Lassalle und dem Bund der Kommunisten. Das formulierte Programm ist angefüllt von republikanisch-demokratischen Postulaten.
Die Kritik der kleinbürgerlich-demokratischen Staatsauffassung, die die Parlamentarismusanalyse wesentlich beeinflußte, bildet einen bedeutenden Teil der Marxschen Kritik des Gothaer Programms der SPD. Lassalle und seine Nachfolger projektierten einen Staat, der gegenüber der Lohnarbeiterklasse wie im Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft neutral sei und als Schlichtungsinstanz zwischen die feindlichen Klassen treten könne. So wird der Staat zum Adressaten von Demokratisierungsappellen. Marx kritisiert dieses Theorem nicht nur in Anwendung auf die preußischen Verhältnisse, sondern vor allem im Hinblick auf die revolutinären Zielsetzungen vergleichbarer internationaler Arbeiterparteien.

"Da man nicht den Mut hat,...die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten,- so hätte man auch nicht zu der wieder 'ehrlichen' noch würdigen Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes ist als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalen Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Polizeidespotismus ist, und diesem Staat obendrein noch zu betheuern, daß man ihm dergleichen 'mit gesetzlichen Mitteln' aufdringen zu können wähnt" (Marx, Kritik des Gothaer Programms)
Unter den Bedingungen einer liberalistischen Staatsanalyse wurde das Pralament von den deutschen Sozialdemokraten (zumindest in der Anfangszeit) als Form zur Austragung von Interessengegensätzen und zu ihrer Milderung durch Reformen begriffen. Von Anfang an bestand in Deutschland -vielleicht unter dem Eindruck des Lassalleanismus- die Illusion, als könne die Sozialdemokratie im Parlament nicht nur eine Machtposition gewinnen, sondern auch durch parlamentarische Politik an der Umgestaltung des politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiter entscheidend mitwirken.
Die Staatsanalyse änderte sich mit den Erfahrungen der Sozialdemokratie im ersten Reichstag und unter den Sozialistengesetzen. Die Verfolgung der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen (Partei, Gewerkschaften, Vereine etc.) durch die Staatsgewalt blieb nicht ohne Rückwirkungen auf deren Politik. Unter dem Einfluß von Marx und Engels und deren Staats- und Gesellschaftsanalyse festigte sich bei den Sozialdemokraten (August Bebel, Wilhelm Liebknecht u. a.) die Einsicht, daß die Interessen der Arbeiterklasse sich nur in einer Revolution durchsetzen ließen, bzw. daß deren Durchführung eine Revolutionierung der Gesellschaft bedeute. Auch im Parlment, dem politischen Instrument der Bourgeoisie, konnten mit kabinettspolitischer Renkünc keine grundlegenden Machtverschiebungen zugunsten der Arbeiterschaft errungen werden. Dennoch waren reformpolitische Auseinandersetzungen mit den Bourgeoisiefraktionen Hauptkampffeld der sozialdemokratischen Parlamentarier. Die realpolitischen Erfolge, die sie dabei zu verzeichnen hatten, führten schließlich zu einer Kompromißpolitik, die an dem revolutionären Ziel nur noch verbal festhielt.
Der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht war in Preußen-Deutschland das Mittel, womit die Sozialdemokratie die Organisierung und Aufklärung der Arbeiterklasse begann. Die Demonstrationen, Versammlungen, Flugschriften, mit denen dieser Kampf aufgenommen wurde, hatten nicht nur den Erfolg, daß Bismarck den Sozialdemokraten das Wahlrecht als Geburtstagsgeschenk und als Konzession des liberalen Kaisertums geben mußte sondern die Wahlrechtsagitation trug auch wesentlich zu Bildung eines revolutionären Bewußtseins der Massen bei.
"Als nun Bismarck sich genötigt sah, dies Wahlrecht einzuführen als einziges Mittel, die Volksmassen für seine Pläne zu interessieren, da machten unsere Arbeiter sofort Ernst damit und sandten August Bebel in den ersten konstituierenden Reichstag. Und von dem Tage an haben sie das Wahlrecht benutzt in einer Weise, die sich ihnen tausendfach gelohnt und die den Arbeitern aller Länder als Vorbild gedient hat. Sie haben das Wahlrecht... verwandelt aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung." (Engels, Einleitung zu den Klassenkämpfen in Frankreich)
Die Art und Weise, wie in Preußen-Deutschland um die demokratischen Grundrechte mit außerparlamentarischen Mitteln gekämpft wurde, bezeichnet Engels als exemplarisch: "Was aber auch in den andern Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit zunächst wenigstens auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den jungen Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden 'Gewalthaufen' der ihre [illegible]en proletarischen Armee". Dieses Loblied von Engels auf die Sozialdemokratie war bezogen auf deren Anfänge. Es war nicht so gemeint, als

bestünde die proletarische Gewalt in der Ansammlung von Wählerstimmen. Aber sein Wort wurde in der Folgezeit von der Sozialdemokratie als Alibi für eine Politik verwendet, bei der die Parlamentspolitik und -reform wesentlicher Teil der Strategie war.
Das Verhältnis von innerparlamentarischer Fraktion und außerparlamentarischer Massenbewegung, in dieser Fragestellung innerhalb der Partei und der Gewerkschaften vor dem ersten Weltkrieg kaum diskutiert, wurde zugunsten der Parlamentsfraktion entschieden. Die Parlamentspolitik der Sozialdemokraten stützte sich immer weniger auf die Mobilisierung außerparlamentarischer Massen. Ihre Verselbständigung gegenüber der Masse war verbunden mit der Illusion einer legalen Machtübernahme durch Erreichung der Parlamentsmehrheit.
Die Debatten über den Revisionismus in der Partei (Bernstein und David) und die Formen des Klassenkampfs (Massenstreik), brachten in der Partei und Gewerkschaftsbürokratie, aber auch in der II. Internationalen die Parlamentarismusanalyse erneut auf die Tagesordnung. Vertraten schon in den neunziger Jahren Teile der Partei die Auffassung, die Reformen, die man mit parlamentarischen Mitteln erreiche, seien Meilensteine auf dem Weg zum Sozialismus, so stellte sich damals die Mehrheit der Sozialdemokratie auf den Standpunkt Kautskys, daß die politische Alltagsarbeit das Ziel der sozialistischen Revolution nicht aus den Augen verlieren dürfe. Doch wurden aus diesen Auseinandersetzungen keine organisatorischen Konsequenzen in bezug auf die außerparlamentarische Kontrolle der Parlamentsfraktion gezogen. Die parlamentarische Arbeit blieb weiterhin auf der legalistischen Ebene, die das Gothaer Programm vertreten hatte. Die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag 1914 durch die Sozialdemokratie war der Schlußpunkt einer langen Kette parlamentarischer Illusionspolitik.

VI Parlamentarismusdebatte oder Organisationsdebatte heute

Die Bedingungen, unter denen heute Parlamentarismusanalyse betrieben wird, haben sich gegenüber der traditionellen Klassenkampfsituation in den zwanziger Jahren verändert. Die Kriterien, nach denen Lenin, Lukacs u.a. die Politik der KP bestimmten, sind auf die heutigen Situation nicht mehr ohne weiteres anwendbar.
Der Faschismus hatte die Arbeiterbewegung zerschlagen. Ihre Unterdrückung wurde nach der Gründung der Bundesrepublik (im GG) fortgesetzt mit einer Politik der scheinbaren Befriedung antagonistischer Interessenwidersprüche. Gleichwohl sind mit der wachsenden Krisenanfälligkeit des Systems und mit sich langsam verringernden Integrationskraft des Antikommunismus verschiedene oppositionelle Gruppierungen entstanden. Schüler, Studenten und (junge) Arbeiter - aber auch Reste überkommener Widerstandsbewegung (VVN, KP etc.) - bilden die außerparlamentarische Opposition. Ihr gemeinsames Ziel ist die Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und die Ablehnung des gegenwärtigen parlamentarischen Systems. Die außerparlamentarische Opposition nimmt jedoch nicht die gleichen Funktionen wahr wie einstmals die Arbeiterbewegung.
Die organisatorische und politische Heterogenität der außerparlamentarischen Opposition schlägt sich nieder in ihrer Stellung zur Wahlbeteiligung und Parlamentspolitik. Einig in der Ablehnung der gegenwärtigen Parteipolitik erstreben insbesondere die an traditionellen Klassenkampfmomenten orientierten Gruppierungen eine Beteiligung am Parlament. Ihre Parlamentarismusanalyse stützt sich auf die Politik Lenins und der deutschen Kommunisten in der III. Internationale.
Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs hatten die proletarischen Organisationen an organisatorischer Stärke gewonnen, die sie selbst nach der Niederschlagung der Revolutionsbewegung durch die rechte Sozialdemokratie in die Lage versetzte, die proletarischen Klassenkampfziele von der Tribüne des Parlaments herunter zu verkünden. Außerdem waren die deutschen und ausländischen Kommunisten der Meinung, die fehlgeschlagene deutsche Revolution könne bald nachgeholt werden. In dieser Situation war die Parlamentspolitik zugleich Kampfansage an die Bourgeoisie und revolutionäre Agitation der rebellierenden Massen. Die "Tribünenfunktion" des Parla-

ging allerdings mit dem endgültigen Sieg der Konterrevolution und der Neuorganisierung der kapitalistischen Gesellschaften verloren. Durch die Umfunktionalisierung des Parlaments ist die Möglichkeit geschwunden, daß die Aktionen außerparlamentarischer Massen vom Parlament Reformen oder demokratische Entscheidungen erzwingen könnten.
Unsere Situation hat sich ferner gegenüber der klassisch-revolutionären Situation der zwanziger Jahre insofern verändert als die traditionelle Unterscheidung kommunistischer Theoretiker zwischen der prinzipiellen Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus und der taktischen Frage der Beteiligung am Parlament zweifelhaft geworden ist. Die Taktik der Kommunisten ging davon aus, daß das Parlament eines der strategisch wichtigsten Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie ist, in den die Agitation der Kommunisten die Funktion einer Provokation der gesamten bürgerlichen Klasse hätte. Der Angriff auf die Institution des Parlaments wäre so ein Schritt auf dem Weg zur Machtergreifung des Proletariats.
Unter der Bedingung der ideologischen Nivellierung der Klassenunterschied und des Funktionsverlustes des Parlaments als Markt konkurrierender politischer Interessen gleichermaßen für die herrschende Klasse wie für die lohnabhängigen Massen bedeutet die unreflektierte Übernahme der traditionellen Parlamentstaktik ein krampfhaftes Festhalten an historisch revidierungsbedürftigen Theorien.
Mit der Entpolitisierung der lohnabhängigen Massen und der Reduzierung ihrer Interessen auf private Bedürfnisse ist eine Bedingung revolutionärer Parlamentspolitik weggefallen: das allgemeine Interesse an den politischen Entscheidungen des Parlaments. Dem entspricht der politische Bedeutungsschwund des Parlaments gegenüber der Exekutive.
Gegen die heutige Apathisierung der lohnabhängigen Massen hat die antiautoritäre Bewegung die Manifestation von Herrschaftskonflikten am Arbeitsplatz, in Schule, Hochschule und Betrieb gesetzt. Politische und soziale Manipulation wird durch wirksame Aktionen (Springer-Blockade) und Demonstrationen auf der Straße und in Diskussionen am Arbeitsplatz transparent gemacht. Im Unterschied zu den parlamentarischen Scheingefechten und ihrer agitatorischen Wirkung wird in diesen Aktionen die Bewußtseinsveränderung mit konkreter Erfahrung verbunden.
Aus der Diskussion wird deutlich, daß aufgrund verschiedener Bedingungen sich der Aktionsradius der Studenten-, Schüler- und Jungarbeiterbewegung auf antiparlamentarische Massenaktionen verlagert hat. Die locker-en Aktionsformen und die strikte Ablehnung jeglicher kanalisierter Opposition formen und die Verweigerung der Integration in das Disziplinierungssystem in Hochschule und Schule verweist auf den antiinstitutionellen Charakter der Bewegung.
Spontaner Protest ist verbunden mit der Berufung auf historische Formen direkter Demokratie. Die Beschäftigung mit der Kommune von Paris und der Rätebewegung ist eine Etappe auf der Suche nach neuen Organisationsformen. Diese Formen kollektiver politischer Zusammenarbeit und Massenmobilisierung werden, soviel läßt sich heute schon absehen, nicht die Gestalt einer zentralistischen Parteiorganisation annehmen. Die Übertragung des Leninschen Parteitypus auf die Struktur der radikalen Oppositionsbewegung widerspräche deren legitimer Ablehnung autoritären Zwanges. Gleichwohl wird sich die antiautoritäre Spontaneität und Heterogenität organisatorisch transformieren müssen, will sie das in den Aktionen gewonnene Potential politisch stabilisieren.
Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist ein Entwicklungsstadium der außerparlamentarischen Opposition zu Ende gegangen. Im Übergang von Protest zum Widerstand wird sich zeigen, welche Gruppierungen der APO in der Lage sind, den veränderten politischen Bedingungen organisatorisch Rechnung zu tragen.

Oskar Negt

Die neue Linke und das Problem der politischen Herrschaft in bürgerlich-parlamentarischen und sozialistischen Systemen

(Auszüge aus: Die neue Linke, Fragmente einer kritischen Theorie, 1, 6

Es geht im folgenden um die historische Legitimationsgrundlage von politischer Herrschaft in industriellen Gesellschaftsordnungen. Denn so sehr Demokratie auch an die Idee herrschaftsfreier Verhältnisse gebunden sein mag, es gibt kein System in der Welt, auf das man vorbehaltlos verweisen könnte, um die Überflüssigkeit von politischer Herrschaft anschaulich zu demonstrieren. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man diesen unbezweifelbaren Tatbestand eine empirische Bestätigung der allenthalben vertretbaren These sehen, daß sich politische Herrschaft auf anthropologische Voraussetzungen stütze oder durch industrielle Sachgesetzlichkeiten erzwungen werde. Die Ideologie, in der sich beide Formen der "Naturalisierung" entstandener und damit vergänglicher Gesellschaftsordnungen verbinden, ist selber Ausdruck jener faktischen Herrschaftsverhältnisse, über deren Legitimationsgrundlagen kaum die an der Herrschaft unmittelbar Teilhabenden befinden können. Es kommt auf die historisch-spezifische Differenz der Legitimationsgrundlagen von politischer Herrschaft an, weil kein System, keine Institution, keine Partei dagegen abgesichert ist, den Legitimationsgrund zu verlieren und schließlich zu zerfallen.

Wenn hier die Rückbildung des parlamentarischen Regierungssystems am Beispiel der Bundesrepublik gezeigt werden soll, so mit dem Blick auf Entwicklungsmöglichkeiten aller industriellen Systeme, die durch einen dem Kapitalismus eigentümlichen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignungsweise gekennzeichnet sind. Und wenn Tendenzen zur politischen Entstalinisierung, der als ein Prozeß des kontrollierten Abbaus von Gewaltverhältnissen verstanden werden kann, am Beispiel der tschechoslowakischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit erläutert werden soll, so in der Erwartung, daß sich vergleichbare Strukturveränderungen in allen sozialistischen Systemen vollziehen werden, die auf industrieller Basis produzieren und nachrevolutionär insoweit genannt werden können, als eine politische Kontrolle über Investitionsentscheidungen, über die Bedingungen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses ausgeübt wird.

Ein von abstrakten und subjektiv-willkürlichen Voraussetzungen nicht beschränkter und verzerrter Vergleich zwischen den Herrschaftsformen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern setzt freilich ein Bewußtsein voraus, das die den Analysen zugrunde liegenden Kategorien in ihrer der jeweiligen Gesamtsituation der Gesellschaft angemessenen, politisch spezifischen Bedeutungsgehalten zu begriffen imstande ist. Wer Freiheit wesentlich im Bezugsrahmen des parlamentarischen Regierungssystems definiert und wirksame "counterveiling-powers" nur dort vermutet, wo sie sich auf der Grundlage privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse bilden konnen, hat ein leichtes Spiel, die Unfreiheit in sozialistischen Demokratien nachzuweisen. Ihm fällt es im allgemeinen auch nicht schwer, demokratische Einstellungen ausschließlich oder doch primär unter dem Gesichtspunkt der Haltung und des formalen Bekenntnisses zu den parlamentarischen Institutionen zu beurteilen, sodaß außerparlamentarische Oppositionen zwangsläufig in den Verdacht geraten, entschlossene Gegner des Grundgesetzes zu sein.

In dieser verbreiteten Einstellung wirkt die zur materiellen Gewalt der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft gewordene Ideologie des Antikommunismus nach; durch sie reduziert sich die im Grundgesetz vorgesehene Realisierung demokratischer Freiheitsrechte auf einen Mechanismus der bloßen Identifikation mit den bestehenden Verfassungsinstitutionen und mit den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Zuständen.

kommunistisch n Komplementärideologien des freien demokratischen Etablishments bestimmt, entspringt vor allem der alltäglich eingeübten und staatlich ritualisierten Praxis negativer Abgrenzungen zum außenpolitischen Feindbereich. Und in dem Maße, wie durch die innere Logik der Entfaltung jener den parlamentarischen Regierungssystemen eigentümlichen Widersprüche eine politisch ins Gewicht fallende außerparlamentarische Opposition entstand, wurde das Bekenntnis zu den im Begriff des Parlaments stets mitgedachten Prozeduren der Willensbildung und zur Institution des Parlaments selber für alle jene, die aus recht verschiedenen Gründen an der grundlegenden Verfassung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse kein Interesse hatten, zu einer Art weltanschaulicher Verpflichtung. Auf dieser Ebene des individuellen Arrangements mit dem Bestehenden finden sich rechtsextremistische Gruppen in der guten Gesellschaft formaler Demokraten, die in bestimmten Situationen, wenn sie durch einen radikaldemokratischen oder gar sozialistischen Legitimationsdruck von unten ihre Institutionsgebundene Verhaltenssicherheit bedroht sehen, ohnehin leicht zu autoritären Verhalten neigen.

Will man das Ausmaß wirklicher demokratischer Freiheitsrechte in einer Gesellschaft feststellen, so reicht es nicht aus, den Staatsaufbau und die Verfassungsinstitutionen zu analysieren. Durch sie werden häufig gerade die nur im Zusammenhang von Untersuchungen über Gewalt, Bürokratisierung und über den Entpolitisierungsgrad der Massen diskutiert werden können, verdeckt und aus dem Historischen Bezugsrahmen gelöst, in dem überhaupt angemessene Entscheidungen über zentrale Fragen getroffen werden können: ob eine Kaderpartei leninistischen Typs, Organisationsformen der Selbstverwaltung in den Basisinstitutionen (selbst unter fortexistierenden Gesamtbedingungen kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse), oder ein auf sogenannte Volksparteien gestütztes parlamentarisches Regierungssystem die Objektiven, das heißt: in den historischen Möglichkeiten der Emanzipation einer Gesellschaft begründeten Interessen der Menschen zu vertreten fähig und bereit sind. Der französische Philosoph Merleau-Ponty, der sich auf die liberalistische Ideologie, daß eine gewaltlose Repression humaner sei als die gewaltsame Emanzipation (Agnoli, nicht anlassen wollte, hat einmal gesagt: "Um eine Gesellschaft zu erkennen und zu beurteilen, muß man zu ihrer inneren Substanz vordringen, zu den menschlichen Bindungen, aus denen sie besteht und die zweifellos von den rechtlichen Verhältnissen abhängen, aber auch von den Formen der Arbeit, von der Art zu lieben, zu leben und zu sterben ... Ein dem Namen nach liberales Regime kann in Wirklichkeit ein repressives Regime sein. Und es könnte sein, daß ein Regime, daß seine Gewalt auf sich nimmt, mehr wahre Humanität besitzt.

Aus diesem Grunde wäre es falsch, politische Herrschaftssysteme auf formale Strukturelemente zurückzuführen, die nur deshalb für sämtliche Gesellschaftsordnungen gelten, weil sie keine besondere in ihrer konkreten Daseinsbestimmung wirklicher fassen. Den großen empirischen Untersuchungen und Global-Analysen der modernen politischen Soziologie fehlt meist gerade das Entscheidende: Die Einsicht in den historisch spezifischen Gehalt der einzelnen politischen Herrschaftssysteme. Wenn eine allgemeine Aussage überhaupt Geltung beanspruchen kann, so betrifft sie die politische Herrschaft selber: als eine gesonderte Sphäre der Regulierung und Manipulation des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat sie in den entwickelten Industrieländern ihre historische Legitimationsgrundlage unwiderruflich verloren. Das hat methodische und sachliche Folgen: Bürokratien und politische Herrschaftssysteme können nicht mehr vom Standpunkt derjenigen untersucht werden, die in privilegierten Stellungen Entscheidungen treffen. Differenzierte Analysen von Entscheidungsprozessen, Kompetenzabgrenzungen und Machtverschiebungen innerhalb der Apparate verdecken unter dem Schleier

technologischer und administrativer Rationalität geradezu das hohe Maß an Irrationalität, welche die überwiegende Mehrheit der Menschen zu ohnmächtigen Objekten macht. Mit einem Wort: politische Herrschaftssysteme müssen heute unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, was sie an realer Emanzipation, an objektiv möglicher Befreiung der Menschen von Entfremdung, Unglück, Gewalt und Elend verhindern. Hinzu kommt, daß Weltgeschichte im eigentlichen Sinne erst heute zu einer Kategorie der Realität geworden ist, sodaß die gegenwärtige Entwicklung der politishcne Herrschaftssysteme kaum noch im Bezugsrahmen der Metropolen zu verstehen ist. Der altmarxistische Gedanke, daß England (also das damals fortgeschrittenste kapitalistische Land) der übrigen Welt das Bild der eigenen Entwicklung zeigte, gilt nur unter den Bedingungen einer vom Staatsinterventionismus noch nicht geprägten warenproduzierenden Gesellschaft. Die Sozialrevolutionen der Dritten Welt, in denen elementare menschliche Bedürfnisse unmittelbar und in politischer Form zum Ausdruck kommen, bilden heute den Bezugsrahmen für die Beurteilung der politischen Herrschaftssysteme der Industrieländer.

DIE RÜCKBILDUNG DER PARLAMENTARISCHE REGIERUNGSSYSTEME

Die westlichen Demokratien grenzen sich ihrem Selbstverständnis nach als parlamentarische Regierungssysteme von den kommunistischen Länder ab. Wie sie sich im einzelnen aber auch durch die Stabilität von Traditionen, durch den Grad der Industrialisierung und durch die Bereitschaft der Bevölkerung, politische Spielregeln zu respektieren, unterschieden mögen: sie erleben gegenwärtig allesamt eine Rückbildung der Parlamente, die Agnoli zutreffend als eine Tendenz zur Involution des Parlamentarismus beschrieben hat. Abgesehen von den gelungenen oder insgeheim geplanten Staatsstreichen und staatsstreichähnlichen Machtverschiebungen, sind auch in den industriellen Systemen, die sich auf dem Niveau einer autoritären Leistungsgesellschaft vorerst stabilisiert haben, Parlamentsreformen stets mit dem Bedürfnis nach Rationalisierung der politischen Entscheidungsprozesse verbunden, im Grunde also mit einer Stärkung der Exekutive.

Man kann diesen allenthalben wahrnehmbaren Vorgang as eine Tendenz der Verstaatlichung der Parlamente bezeichnen. Sie läuft nicht notwendig auf eine Abschaffung des parlamentarischen Regierungssystems hinaus, wohl aber auf dessen Umbildung zu einer wesentlich als Steuerungsinstrument fungierenden Institution, die jene "von unten" das heißt von der breiten Masse der Bevölkerung ausgehenden Ansprüche und Interessen unter Gesichtspunkten der Systemerhaltung kanalisiert und neutralisiert. Aus einem eindeutigen definierten Instrument der Vertretung und der Legalisierung bürgerlicher Klasseninteressen ist eine in sich widersprüchliche Institution der permanenten Umfunktionierung geworden. In diesem Sinne handelt es sich nicht um einen einfachen Substanzverlust der Parlamente, wie er von den Liberalen, die ihn gerne rückgängig machen wollen, in romantisierender Erinnerung an das neunzehnte Jahrhundert unentwegt beklagt wird, sondern um eine neue, zusätzliche Funktion in sozialstaatlich verfaßten, aber nach wie vor durch antagonistische Interessengegensätze bestimmten Massendemokratien.

Im 18. und 19. Jahrhundert konnte sich das Parlament als eine Einrichtung der Gesellschaft verstehen, in der das zur Herrschaft gekommene Bürgertum durch Kompromisse den Ausgleich jener konkurrierenden Interessen schaffen konnte, die das ökonomische Fundament der Privatrechtsordnung nicht berührte. Das räsonierende und diskutierende Publikum bürgerlicher Privatleute konnte im Parlament als Sprecher der Nation und, wie die Rückbeziehung einzelner Gesetzgebungsakte auf Normen des rationalen Naturrechts zeigt, als Repräsentant von Menschheitsinteressen auftreten, weil mit der Universalität des Äquivalentenaustauschs gleichzeitig der objektive Schein universeller Gerechtigkeit entstand - einer Gerechtigkeit, in deren Formalismus freilich gerade die Nicht-Äquivalenz der Mechanismus der Mehrwertproduktionund die Entstehungsbedingungen einer proletarischen Klasse verschleiert wurden... Man konnte auf ein imperatives Mandat verzeichten und die Entscheidungen getrost dem Gewi

einzelnen Abgeordneten überlassen, nicht weil diese sich selbstverständlich geweigert hätten, unmittelbare Interessen zu vertreten, sondern umgekehrt: weil die Vertretung ihrer Klasseninteressen im allgemeinen unproblematisch war.
Seit Anbeginn haben die bürgerlichen Parlamente Abwehrfunktionen erfüllt: zunächst gegenüber der feudal-ständischen Repräsentation von personalen Herrschaftsverhältnissen, dann gegenüber dem bedrohlichen Anwachsen der politischen Ansprüche der proletarischen Schichten. In dem Maße, wie in einer sozialstaatlich verfaßten Massendemokratie das Volk in seiner Gesamtheit von den politischen Vertretungsorganen nicht mehr ferngehalten werden konnte, weil es selbst in den Verfassungen zur Legitimationsinstanz politischer Herrschaft avancierte, gerieten die parlamentarischen Institutionen in einen strukturellen Konflikt, den sie von sich aus nicht lösen können: sie sind weder fähig als revolutionäre Gremien, die sie in ihrer Entstehung waren, das kapitalistische Herrschaftssystem grundlegend zu ändern, also den objektiven, durch den Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte bestimmten Interessen der Menschen entsprechend zu agieren, noch die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung ganzlich zu ignorieren. Der Ausweg aus diesem strukturellen Zwiespalt besteht darin, daß die in die Parteien und in das Parlament unvermeidlich eindringenden Massenkonflikte staatspolitisch umfunktioniert, entschärft und auf die mit den kapitalistischen Systeminteressen verträglichen Formen gebracht werden. Parlamentarische Einrichtungen sind heute meist Filter von Klasseninteressen, Schlichtungsinstanzen zwischen dem eigentlichen Souverän, dem Volk, und dem ihm gegenüber verselbständigten, unter der restriktiven Bedingung der Erhaltung von Kapitalinteressen operierenden Staat.
Die Verstaatlichung der Parlamente, die jedenfalls in Westdeutschland nicht nur durch die verfassungsrechtliche Bestandsicherung der Parteien bedingt ist, daß parlamentarische Debatten oft den Charakter einer bloß repräsentierenden Öffentlichkeit annehmen, in denen Regierungsentscheidungen wenig beeinflußt und modifiziert als nach außen hin interpretiert, dem Volke verständlich gemacht werden. Aber diese Reduktion des Parlaments auf sekundäre Funktionen ist weder Ausdruck von wertfreien Sachgesetzlichkeiten hochindustrialisierter Gesellschaftsordnungen noch Produkt jener Oligarchisierungstendenz, die seit Robert Michels immer wieder mit dem Wesen politischer Herrschaft verbunden wird. Sie hat vielmehr ihren eindeutig bestimmbaren Stellenwert im Zusammenhang der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Die Parlamente teilen das Schicksal jenes Bereichs, den man als den der Öffentlichkeit zu bezeichnen pflegt. Denn eine spätkapitalistische Gesellschaft kann es nicht existieren (es sei denn, sie opferte selbst ihre Ideologie und nähme offen terroristische Formen an), ohne daß ein Teil des staatlichen Gewaltmonopols auf eine im Zwischenbereich von individuellen Interessen und Staat lokalisierte "gewaltlose Sphäre" der Kommunikation und Diskussion delegiert wird - eine Pufferzone, in der durch eine Art Dauer-Interpretation die Primärerfahrungen der Menschen überformt werden, ethnozentristische Einstellungen, Ensatzbereitschaft heteronomen Interessen, Personalisierungen, Aggressionen gegen Minderheiten stabilisiert und teilweise sogar produziert werden, mit einem Wort: mit der Gewalt auf gewaltlose Weise verinnerlicht, die gesellschaftlichen Konflikte auf Privatbereiche und den außerpolitischen Feind mit dem Ziel abgelenkt werden, dem so gebannten öffentlichen Zustand den Schein absoluter Gewaltlosigkeit zu erhalten.
Ohne diesen Schein ist die Funktionsfähigkeit der Parlamente nicht mehr zu denken. Während die Fraktionsspitzen der Parteien, der "harte Kern" des Parlaments, kaum verhüllt mit dem Apparat der Exekutive verschmelzen, sichert das Gros der Parlamentsabgeordneten, die mit den Massen die politische Ohnmacht teilen, den für die ritualisierten Abgrenzungskriterien zum Kommunismus notwendigen Schein eines funktionsfähigen Parlamentarismus, der die Freiheit des einzelnen verbürgen soll. Er wird produziert in Debatten und Anfragen, die entweder unwesentliche Fragen betreffen oder Erklärungen über längst gefallene Entscheidungen verlangen. In allen das politische Herrschaftssystem selber betreffenden Fragen entscheidet der "harte Kern" des Parlaments in einer von der Öffentlichkeit möglichst abgeschirmten Kooperation mit der Exekutive.

Mit der Verstaatlichung der Parlamente ist eine Konstitutionalisierung der grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte verbunden, damit ist nicht jene seit langem bekannte Tendenz zur Institutionalisierung der Klassenkonflikte gemeint, die sich etwa in der Verschiebung der ursprünglich durch Streiks bestimmten Kampfmaßnahmen auf die Verhandlungsebene von Tarifpartnern ausdrückt. Es handelt sich vielmehr um die zu einem breit wirksamen Vorurteil gewordene Aufforderung, Konflikte überhaupt nur noch in parlamentarisch zu regelnden Formen auszutragen. Diese gegenüber den antiautoritären Protestbewegungen der jüngsten Vergangenheit mit wissender Aggressivität erhobene, auf Abwehrmechanismen beruhende Forderung stößt allerdings auf die Grenzen der Parlamente selber: ihre Funktion ist so sehr definiert durch den herrschaftsstabilisierenden Ausgleich der bestehenden Interessen und Bedürfnisse, daß Interessen und Bedürfnisse, die die Menschen in ihrer Emanzipation, in der Beseitigung von Unterdrückung und Ausbeutung ein Stück weiterbringen, schon gar nicht mehr wahrgenommen werden.
Wer die Debatten über die sog. Studentenunruhen im Bundestag gehört hat, der hat feststellen können, daß es nicht mehr ein individuelles, sondern institutionelles Problem ist, wenn sich nicht einmal Ansätze für die Einsicht in die politischen Fragestellungen dieser weltweiten Bewegung zeigten, ganz zu schwiegen von ernstzunehmenden Versuchen, jenseits von Primitiv-Reaktionen Lösungen vorzuschlagen. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise immer mehr gesellschaftliche Konfliktbereiche, die ohne Revision, schließlich ohne Überwindung der privatkapitalistischen Rahmbedingungen nicht aus der Welt zu schaffen sind, in die vor- und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen gedrängt werden müssen. Parlamente, Regierungen und Parteien, die ihre politische Legitimation durch eine die abgeleiteten, meist unwesentlichen Interessen der Menschen emotionsansprechenden Wahlkampf auf dem Niveau von Waschmittelreklame erstreben, können nicht fähig sein, die historisch fundamentalen Interessen der Selbstbestimmung und der Aufklärung der Menschen, die unter den entfremdeten Gesamtbedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion allererst geweckt werden müßten, zu Kriterien des politischen Handelns zu machen und in den Alltagsinstitutionen zu realisieren. Der westliche Parlamentarismus, der seine Entstehung dem Klassenkampf des einst revolutionären Bürgertums verkankt, kann nur überleben, wenn die aus dem Bewußtsein gedrängten Klassenkonflikte auf der Tribüne des Parlaments ausgetragen werden. Eine grundlegende demokratische Umfunktionierung der Parlamente, die darin bestünde, sie zu Instanzen objektiver Interessen zu machen, wird gegenwärtig jedoch von keiner nennenswerten politischen Kraft der bestehenden Gesellschaft erstrebt.
Der Staat und die mit ihm verfilzten Parteien, die Stabilität des gegebenen Herrschaftssystems um jeden Preis erstreben, konzentrieren ihre ganze Energien auf die Entwicklung von Abwehrstrategien und technokratischen Ersatzideologien, durch welche die zentralen gesellschaftlichen Konflikte verdrängt und kontrolliert, oder nicht gelöst werden. Ein technisch und administrativ versiertes "Crisis-Management" hat dafür sorgen, daß durch den staatlichen Verteilungsapparat Subventionen an wirtschaftlich gefährdete Gruppen gegeben, Kapital- und Konsumgütervernichtung (z.B. Rüstung und Vernichtung von Lebensmittelüberschüssen) staatlich abgesichert und konfliktgeladene Arbeitslosigkeit vermieden wird. Diese auf die Erhaltung des bestehenden Herrschaftssystem gerichtete Strategien der Konfliktvermeidung die einen "Friedenszustand" der Gesellschaft sichern sollen, in dem die privatkapitalistischen Verwertungsinteressen ohne Reibungsverluste und mit einem Minimum an politischen Störungen realisiert werden können - wobei es gleichgültig ist, welche Partei oder Institution diese Aufgabe übernimmt, stützen sich auf zwei Strukturelemente: Die Entpolitisierung der breiten Massen und die Einschränkung bzw. Manipulation der Öffentlichkeitsbereiche. Dadurch wird bei den Massen auch subjektiv die Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit bestärkt, das gegebenen Herrschaftssystem zu überwinden.

In der Tatsache, daß sich ein industrielles Herrschaftssystem auf Abwehrstrategien stützen muß, um seine Selbsterhaltung garantieren zu können, kommt sein Legitimationsmangel am deutlichsten zum Ausdruck. In der Tat erlauben der hohe Stand der materiellen Produktivkräfte, die Organisationsfähigkeit der Menschen, die wachsende Bedeutung der wissenschaftlichen Produktivkräfte usw. heute einen Grad der Bedürfnisbefriedigung, der in der bisherigen Geschichte kaum vorstellbar war. Das bedeutet aber, daß die bürokratischen Herrschaftsapparate einem zunehmenden, in vielfältigen Formen erscheinenden Legitimationsdruck der Massen ausgesetzt sind; diese Apparate müssen Gründe finden (oder wenigstens erfinden), warum bestimmte Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigt werden können; worin eigentlich die "Vernunft" eines Systems bestehe, gesellschaftlichen Reichtum sinnlos zu verschwenden oder vorsätzlich zu zerstören, wenn gleichzeitig ein Teil der Weltbevölkerung und Minderheiten in den industrialisierten Ländern in wachsender Armut leben. Sie müssen erklären, warum die aufwendige Produktion von Mondraketen und Weltraumschiffen Vorrang vor der Befriedigung elementarer Bedürfnisse hat: der Beseitigung von Hunger, Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung in allen möglichen Formen und in allen Teilen der Welt. Die klassenlose Gesellschaft, was immer man an Emanzipationsmöglichkeiten je mit diesem Begriff verbunden haben mag, scheint durch die bestehenden Verhältnisse hindurch.

Die Revisionisten im sozialfaschistischen Trend der Anti-Ustra-Bewegung

Daß die DKP inzwischen tatsächlich zu einem Bürgerkommitee heruntergekommen ist, zeigte sich während der Ustra-Aktionen. Charakteristisch für den Stand der revolutionären Theorie im Lager der Revisionisten dürfte folgendes Zitat sein, das wir aus einem DKP-Flugblatt entnehmen: "Der Rat der Stadt muß wieder regieren. Nicht länger dürfen Polizeioffiziere das öffentliche Leben bestimmen."

Nachdem die Demonstranten eine Stadt erobert hatten und gegen den kapitalistischen Profitbetrieb der Ustra die Aktion Roter Punkt organisiert hatten, rufen die Revisionisten auf, man solle zur Tages-Ordnung übergehen. Als wäre der Rat der Stadt völlig unbeteiligt an den anarchischen Verhältnissen der öffentlichen Dienstleistungen und die Ustra mehr oder weniger ein Schönheitsfleck in der Infra-Struktur im parlamentarisch organisierten Repräsentativsystem des autoritären Wohlfahrtstaates. Die Polizei wird genau so als eine Zufälligkeit gezeichnet, wie die Fahrpreiserhöhungen, als stände sie in in keinerlei Zusammenhang mit,den Rat der Stadt, der da wieder regieren soll, und der, wenn er wieder regiert, dafür sorgen soll, daß die Polizei, ein scheinbar wild gewordener Piratenhaufen, nicht mehr das öffentliche Leben bestimmt.

Laut DKP soll also wieder die Partei der Ordnung herrschen. DKP will mitherrschen. Sie macht sich salonfähig. Sie hat während der Anti-Ustra-Bewegung alles getan, um nicht als Alternative erscheinen zu können. Sie müßte eigentlich den herrschenden Parteien und deren Auftraggebern, den Kapitalisten gut gefallen. "Die Revolution ist auf der Straße" (Rosa Luxemburg)."Der Rat der Stadt muß wieder herrschen." Zwei Antagonisten, die nicht zusammenpassen. Von der DKP wissen wir, wo sie hingehört.

Die Sammelpartei aller revisionistischen und linksbürgerlichen Kräfte, die ADF, hat versucht, den Roten Punkt, quasie als Markenzeichen, in den Wahlkampf zu integrieren. Sie versteht den Roten Punkt aber sicher nicht als revolutionäres Kampfsymbol. Während der Anti-Ustra-Aktionen haben die Revisionisten die Aktion Roter Punkt nie anders interpretiert als z.B. die bürgerliche Presse, die die Aktion Gemeinsinn am Werken sah, Der Rote Punkt hat während der Aktionen vierlei Interpretationen erfahren: eine ästhetisierende-technokratische ("Der Rote Punkt ist nur deshalb rot, weil man diese Farbe auf weißem Untergrund am besten sieht"; AStA-TU), eine karikative ("Symbol der Hilfsbereitschaft eine offen sozialfaschistische "Wehrt Euch gegen die, die aus den roten Punkt eine Rote Fahne machen wollen", ev.Jugend-Vahrenwald) und eine revolutionäre (der Rote Punkt als konkreter Ausdruck der Kampfbereitschaft). Die Revisionisten haben die ersten drei Interpretationen unterstützt und selber verbreitet. Gegen die vierte wehrte sie sich im trauten Chor mit dem Kleinbürgertum, Der Rote Punkt auf den Wahlplakaten soll ganz bestimmt nicht signalisieren, daß eine kämpferische Arbeiterbewegung dahintersteht, sondern knüpft an an die Einheitsfrontseligkeit mitsamt ihren ambivalenten Sozialfaschismen.

Die Strategie der Revisionisten während der Anti-Ustra-Aktionen drückt sich in folgendem Satz aus: "Eine noch stärkere Teilnahme und Solidarisierung aller von den Preiserhöhungen Betroffenen wird den Erfolg sichern. Organisiert in den Betrieben und Büros, in den Hochschulen und Schulen den Widerstand, s o l a n g e b i s die Fahrpreiserhöhung zurückgenommen ist" (Flugblatt c.v.) Der Widerstand wird als punktueller betrachtet, fixiert auf die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung. Es wird nach blinden Massen geschielt, die als reine Quatität gesehen werden, die eben "solange bis" eine reformistische Forderung von den Herrschenden erfüllt ist, eingesetzt werden, um sich

dann wohl wieder in ihren Betrieben, Büros, Universitäten, Schulen zu verkrümeln und/oder (alle vier Jahre wieder) ADF (etc) zu wählen. Die Mobilisierungsstrategie wird nicht gesehen in dem dialektischen Zusammenhang von sozialreformerischer Forderung und Organisierung revolutionären Widerstands, sondern so, als wäre die Welt nach einigen Tarifregelungen der Üstra wieder in Ordnung. So vermieden die Revisionisten zwangsläufig jegliche klassenspezifische Interpretation des Konflikts, Er ist für sie halt "eine Folge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung", also systemimmanent ohne weiteres revidierbar, wie es scheint. Gezeigt wird aber nicht, daß diese Konflikte notwendiger Ausfluß des organisierten Kapitals sind und nur zu beheben durch Zerschlagen des Kapitalismus.

Während der SDS - bei all seinen Schwächen und Fehleinschätzungen - versuchte, Erkenntnisprozesse einzuleiten, Widersprüche zwischen gesellschaftlichem Reichtum und sozialem Notstand aufzuzeigen, die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt als das zu interpretieren, was sie praktisch war, nämlich als Kampf innerhalb einer antikapitalistischen Bewegung, und die Rote-Punkt-Aktion als das zu deuten, was sie praktisch war, nämlich als eine spontan organisierte sozialistische Praxis und kulturrevolutionäre Veränderung des auf Privateigentum dressierten Bewußtseins der Menschen, fielen DKPisten und Co immer mehr aufs Bewußtsein der sahneschleckenden Kleinbürger zurück, die sich eben auch über die Preiserhöhungen ärgerten.

Es konnte der DKP nur noch peinlich sein, daß es gerade Arbeiter waren, die kollektiv zu subversiven Aktionen schritten, daß es Arbeiter waren die vorschlugen, Straßenbahnen aus den Schienen zu kippen, daß es Geldsammlungen in Betrieben gab, die ganz spezifisch dafür bestimmt waren, Material zum Zuzementieren von Weichen zu kaufen. Kurz: die Arbeiter waren in Kampfstimmung, die DKP schiß die Hosen voll. Ihre Ideologie pegelte auf eine Ideologie ein, als ginge es darum, Wilhelmine Lübkes Mütter genesen zu lassen.

Just an jenem Tage, an dem das Gespann Barche/Neuffer - 15 000 DM Steuergelder veruntreuend - in großkotzigen Zeitungsannoncen ihre Privatflugblätter publizieren, in denen sie versuchen, alle BILD-Leser-Klischees zu aktivieren ("Lassen sie sich nicht von Agitatoren mißbrauchen, die 'Üstra-Fahrpreise' sagen und Anarchie meinen!"), um die Bewegung zu spalten, in denen sie an die "entschiedene Haltung der ganzen Bevölkerung" appellieren, die Drecksarbeit doch nicht ganz der Polizei zu überlassen, just in diesem Augenblick bringen die Revisionisten ein Flugblatt auf den pluralistischen Meinungsmarkt, das in noch spezifizierterer Weise die Minderheitenhetze der Herrschenden aufnimmt:

"Bürger und Demonstranten! Wehrt Euch gegen einzelne Provokateure! Ihre Handlungen richten sich gegen unsere Vorstellungen und Absichten! Wer aus reiner Zerstörungswut handelt, sollte der Polizei übergeben werden! Gewalt ist nicht unsere Methode!"

Nachdem natürlich nie jemand (außer der Polizei) aus reiner Zerstörungswut gehandelt hatte, nachdem weite Teile der Bevölkerung und vor allem die Arbeiter sinnlich erfahren hatten, wo die Gewalt sitzt, nachdem der Nimbus der Polizei, Freund und Helfer der Bevölkerung zu sein, gründlich zerstört worden war und für viele urplötzlich klar geworden war, wessen Freund und Helfer die Polizeiexekutive ist, in dem Augenblick wärmen die Renegaten des club voltaire all jene Vorurteile auf, die jahrelang gegen die Linke aufgebaut worden waren, die aber in den vorangegangenen vier Tagen keine Rolle gespielt hatte, weil ganz naturwüchsig gelernt worden war, wer die Interessen der Unterprivilegierten vertritt und wie man diese Interessen artikulieren und erkämpfen kann.

Wie tief die Revisionisten im sozialfaschistischen Sumpf steckten machte einer ihrer Sprecher auf einer Kundgebung deutlich, wo er bereits das Luftablassen an Üstra-Reifen während der aktiven Blockade-Situation

als Gewalt (sprich: der Polizei zu übergeben) glaubte brandmarken zu können. Wir viel weiter ein großer Teil der Demonstranten zu diesem Zeitpunkt war, zeigte sich darin, daß sie sich um dieses Geschwätz der Reaktion nicht kümmern und einfach weiter die Luft an Üstra-Bussen abließen. Die Massen, hatten, indem sie Macht ausübten, gelernt, Macht auszuüben.

Ein Tag vor diesem faschistischen Pamphlet des Vorstand des club voltaire e.v.'s hatte die DKP in einer Presseerklärung noch allen "Verfolgten ihre volle Brüderliche Solidarität versichert": jetzt entlarvt sich diese heuchlerische Phrase als Lüge. Jetzt macht sie sich zum Komplizne von Polizei und Justiz. Nachdem wir am Montag und Dienstag einen der größeten Polizeieinsätze in der Geschichte der BRD siegreich abgeschlagen hatten, soll uns jetzt weis gemacht werden, daß inzwischen "die disziplinierte Form der Demonstration auch von der honnovers hen Polizeiführung anerkannt" würde. Hatten sich die Formen der Demonstration einen Deut verändert? Wohl kaum! Geändert hatte sich nur etwas an den Machtverhältnissen der Stadt: die Demonstranten waren ein Machtfaktor geworden, dessen amn sich nur noch durch Freischießen der Straßne (Lehners) erwehren konnte. Die Gewalt, Grenzschutz und fast die gesamte niedersächsische Polizei hockten in ihren Kasernen auf der Lauer.

"11Tage Demonstration haben gezeigt, daß es möglich ist, sich gegen soziale Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen" (Flugblatt c.v.). Das Bewußtsein setzt an am Kaffeeklatschmilieu, das da gackert über die Teuerung der Welt. Die klassenspezifische Bedingtheit allerdings, die es aufzuweisen gilt, wird verschwiegen und erschreckt als Hirngespinst von Provokateuren diskriminiert. Eine Einheitsfront von Revisionisten und Faschisten zerriß rote Fahnen. Auf der Tagesordnung der DK steht eben die Anerkennung seitens einer sog. demokratischen Grundordnung, die z.B. mit Straßenbahnfahrpreisen Wucher treibt und, wenn sie gezwungen wird, diese herunterzusetzen, ungestraft die Drohung im Raume stehen lassen kann, die Profiteinbußen an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Altersheimen, Wohnungen etc. wieder einzusparen (s.Zeitungsaufrufe von Barche/Neuffer).

Der lange Marsch der DKP durch das Arschloch des Kapitals hat die Revisionisten bereits so systemkonform eingefärbt, daß sie vor der revolutionären Linken genauso Angst haben wie das Establishment. Im rosa Punkt ihres UZ-Extra-Blatts ließt man dann auch: "Eine verschwindende Minderheit, die versuchte, der Bewegung fremde Fragen aufzuzwingen, isolierte sich stets." Sachfremd waren: rote Fahnen, geplättete Reifen, die Darstellung der Anti-Üstra-Bewegung als antikapitalistischen Kampf, die Darstellung der Üstra-Tarife als Ausfluß des organisierten Kapitals, die Darstellung der Aktion "vom Punkt" als partiell sozialistische und kulturrevolutionäre Praxis. Isolierung war: wenn DKPisten und Kleinbürger sich über rote Fahnen mokierten, und wenn organisierte Faschistentrupps die Exekutive der revisionistischen Wahlkampfideologie übernahmen und systematisch die Verteiler unseres letzten Extrablattes zusammenschlugen, Isolierung war es allerdings auch, wenn Arbeiter uns vor den Fabriktoren vor dem anrükkenden Werksschutz abschrimten, wenn wir massenhaft auf den Straßen diskutierten (allerdings nicht im manipulierten Ritual einer Kundgebung), Isolierung war es - sogar eine wörtlich "verschwindende" - wenn wir während der hysterischen Polizeieinsätze wie Fische im Wasser des Volkes schwammen.

Wie irreal ist doch die revisionistische Welt! "Eine machtvolle Abschlußkundgebung beendete am Mittwoch die Aktion der Hannoverschen Bürger" (UZ). 50 waren gekommen zu lauschen, 50 blieben, zufällig vorbeikommend, stehen.

ALLE FINSTEREN MÄCHTE WERDEN RESTLOS VERNICHTET WERDEN. (MAO TSE-TUNG)